



Stipendien-Aufenthalt in Myanmar

vom 20. Oktober bis 2. Dezember 2014

Jugend als Motor des Wandels? – Myanmar's junge Generation in Zeiten des Aufbruchs

von Sarah Steffen

Myanmar, vom 20. Oktober bis 2. Dezember 2014



Inhalt

1. Zur Person	650
2. Das Land: Myanmar	650
3. Die Recherche: Jugend als Motor des Wandels?	651
4. Los geht's in Yangon – andere Jugendliche für Politik interessieren	652
5. Leichte Öffnung – aber nur, wenn es die Macht der Herrschenden nicht angreift	653
6. ABFSU: „Wir wollen unsere Rechte!“	655
7. „Nicht auf dem richtigen Weg“	658
8. Paradies Yangon?	659
9. Wandel? Welcher Wandel?	660
10. Kurzbesuch in der Geisterstadt	662
11. Die neue Stadt Nay Pyi Taw verdrängt Farmer	663
12. Vom Hip-Hop-Künstler zum Parlamentsmitglied	664
13. Englisch als Tor zur Welt	666
14. „Unser kritisches Denken wird zerstört“	668
15. Hassbotschaften an Harry	669
16. Monywa: Studenten gegen die Mine	672
17. Lashio: Auch hier Hass gegen Muslime	674
18. Kampf um Gleichberechtigung – Ta'ang Frauen	675

19. Ta'ang Studenten: Wo bleibt der Frieden?	677
20. Die Schule mitten im Nichts	680
21. Kachin State Youth Network: Föderalismus und Rechte für alle!	682
22. Im Flüchtlingscamp in Myitkyina	684
23. Myitkyina – Yangon	685
24. Bei den muslimischen Rohingya in Sittwe	685
EXKURS – Abschottung von Muslimen	688
25. Im Reisfeld	690
26. Die NLD Jugend: Aung San Suu Kyi hat einen Plan	691
27. Fazit	692

1. Zur Person

Studium der Journalistik und Politikwissenschaften, ein tri-mediales Volontariat bei der Deutschen Welle, anschließend freie Mitarbeit vor allem im Englischen Programm. Und irgendwie zieht es mich immer wieder nach Asien: Von meiner amerikanischen Journalistenschule aus ging ich für ein Sommerstudienprogramm für drei Monate nach Peking, wo ich dann unter anderem als Reporter für den Olympic und Paralympic News Service bei den Olympischen und Paralympischen Spielen 2008 unterwegs war. Später, als Wahlstation im Volontariat, reiste ich 2010 vier Wochen nach Japan. Meine Diplomarbeit habe ich zu Singapur verfasst und dort mit Journalisten vor Ort über den Berichterstattungsfokus von Auslandskorrespondenten gesprochen. Dort wurde mir oft gesagt: Singapur sei zu klein und nicht ausreichend genug für ein deutsches Publikum. Myanmar, das hingegen sei ein spannendes Land, in dem zurzeit ganz viel im Umbruch sei – „da müssen Sie hin, da passiert ganz viel!“ Und es stimmt ja auch: In Myanmar passiert wirklich viel – allerdings lange nicht so viel Positives, wie die Regierung das nach außen verkaufen möchte. Eine gute Zeit, mal selbst hinzufahren und mit den jungen Menschen vor Ort zu sprechen.

2. Das Land: Myanmar

Myanmar, ehemals Burma bzw. Birma, ist ein Land im Umbruch: Das südostasiatische Land hat sich nach jahrzehntelanger Militärdiktatur geöffnet und tastet sich langsam in Richtung Demokratie vor. Erprobt werden Pluralismus und Meinungsfreiheit; weg von Menschenrechtsverletzungen und Despotie: Wichtigstes Symbol war damals unter anderem die Freilassung der unter Hausarrest stehenden prominenten Ikone der Demokratiebewegung Aung San Suu Kyi.

Trotz dieser ersten positiven Schritte galten die Wahlen 2010 weder als frei noch fair. Die Regierungspartei USDP (Union Solidarity and Development Party) erlangte dabei 80 Prozent aller wählbaren Parlamentssitze (ein Viertel ist hierbei für Militärpersonal reserviert). Aung San Suu Kyis Oppositionspartei NLD (National League for Democracy) trat damals aus Protest über die Wahlgesetze gar nicht erst an, errang aber 2012 in Nachwahlen einen Erdrutschsieg. Im Land kommt es immer wieder zu Kämpfen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen.

Der von Studenten angeführte Volksaufstand 1988 wurde gewaltsam niedergeschlagen, tausende Menschen starben. 2007 flammen erneut heftige Proteste auf (die sogenannte Safran-Revolution); buddhistische Mönche de-

monstrieren ebenfalls. Tausende werden verhaftet. Nominell wird Anfang 2011 die Macht der Militärjunta an eine zivile Regierung unter Präsident Thein Sein übergeben.

2015 nun soll erneut gewählt werden – doch wie weit ist der politische und gesellschaftliche Wandel nach jahrzehntelanger Abschottung und Militärherrschaft tatsächlich fortgeschritten?

Die Geschichte Myanmars zeigt, dass es viele Schritte vor, aber auch einige Schritte zurück gegeben hat im Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Wie wird sich das Land weiterentwickeln? Mehr und mehr Menschen kehren aus ihrem Exil zurück – freiwillig und bereit, den Wandel im Land zu unterstützen. Myanmars junge Generation strebt nach vorne und will ebenfalls mitgestalten. Doch wie weit geht der Wandel im Land tatsächlich? Und haben die Jungen eine Chance auf Mitbestimmung?

3. Die Recherche: Jugend als Motor des Wandels?

Für die sechs Wochen im Land habe ich mir vorgenommen, mit sehr unterschiedlichen jungen Menschen zu sprechen, die alle etwas im Land bewegen wollen. Der Begriff „junge Generation“ ist dabei recht lose definiert und soll all diejenigen bis 35 Jahre einschließen. Von Interesse sind hierbei alle Aktivitäten, die im weitesten Sinne als politisch oder gesellschaftlich-partizipatorisch zu verstehen sind. Vor allem ist es mir wichtig, nicht nur in den Großstädten Yangon und Mandalay aufzuschlagen, sondern wirklich das Land zu bereisen – um Leuten zu begegnen, die sonst vielleicht nicht so leicht gehört werden. Es war teilweise doch recht schwierig, permanent auf Durchreise zu sein – oft haben mir Leute von Plänen erzählt – zum Beispiel Demonstrationen – bei denen ich dann selbst schon nicht mehr am Ort war, als sie passierten. Das war durchaus ärgerlich, aber leider nicht zu vermeiden. In Yangon war immer etwas los und ich hätte dort auch locker drei oder vier Wochen am Stück bleiben können. Dennoch war die Entscheidung richtig, viele verschiedene Regionen zu besuchen – etwa hoch in den Norden, in den Kachin-Staat; in den Osten, den Shan-Staat, und im Westen; den Rakhine-Staat. Ich wurde überall herzlich aufgenommen und habe großartige Menschen kennen lernen dürfen, die wirklich viel für mich möglich gemacht haben. Die sich Zeit für Gespräche genommen haben, die mir Kupferminen und von Feuer zerstörte Häuserruinen gezeigt haben, die mich durch Flüchtlingscamps und über Felder geführt haben. Die mich in ihren Wohnungen oder Hütten empfangen haben. Ihnen allen gilt mein Dank, denn ohne die Menschen vor Ort hätte dieser Bericht nicht entstehen können.

4. Los geht's in Yangon – andere Jugendliche für Politik interessieren

Ich bin mit Aung Zin, 22, dem Vorsitzenden des Myanmar Youth Capacity Building (MYCB) Programms in Yangon verabredet. Ich bin viel zu früh am vereinbarten Treffpunkt – einem Fastfood Restaurant in der Nähe der Universität. Zwei Studenten begleiten ihn: Zaw Thet Htun, 23, und Wint War Lwin, 22. Mit Aung Zin habe ich vorher auf Englisch kommuniziert; nun wird er die meiste Zeit auf Burmesisch sprechen – sein guter Freund Zaw Thet Htun übersetzt. Aung Zin unterbricht aber immer wieder und wirft ein paar Brocken Englisch ein, wenn ihm die Übersetzung nicht präzise genug erscheint und er noch etwas nachschieben möchte.

„In Myanmar ist die Jugend nicht so sehr an Politik interessiert“, sagt Aung Zin. „Das liegt an dem Militärregime.“ Sie seien unter dem Militärregime großgeworden; die meisten hätten Angst, dass die Regierung ihnen die Möglichkeit nimmt, ihr Studium zu beenden, wenn sie politisch aktiv sind. Das hätten sie ja in der Vergangenheit getan. „Sie denken, wenn sie in unserer Organisation mitmachen oder im Jugendforum, dann werden sie Schwierigkeiten bekommen – die Regierung wird ihre Ausbildung blockieren.“ Besonders die Eltern warnten ihre Kinder, sich nicht zu engagieren, um nicht im Gefängnis zu landen. Und zurzeit seien wieder sehr viele Studenten im Gefängnis, sagen sie. Aung Zin nennt den Fall von Phyu Hnin Htwe, 21, Mitglied der All Burma Federation of Student Unions (ABFSU), der vorgeworfen wurde, sie habe zwei chinesische Arbeiter der Letpadaung-Kupfermine in Monywa entführt. Inzwischen sei sie freigelassen worden, aber dürfe mit niemandem sprechen, weil sie von der Regierung überwacht werde. Andere Aktivisten, die für ihre Freilassung an öffentlichen Orten mit Gebeten demonstriert hatten, wurden ebenfalls verhaftet. Myanmar hat ein Versammlungsrecht, das de facto keines ist: Für nicht angemeldete, friedliche Demonstrationen können Aktivisten unter Artikel 18 des Peaceful Assembly and Peaceful Procession Law mit einem Jahr Haft bestraft werden.

Aung Zin studiert Jura. „Unsere Verfassung ist falsch“, sagt er. Die Verfassung von 2008 ignoriert den Willen des Volkes. „Wir müssen die Verfassung ändern. Sie gibt den ethnischen Gruppen keine vollständigen Rechte.“ Außerdem sei das Militär in allen drei Bereichen – der Exekutive, Legislative und Judikative – vertreten. Im Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat gibt es laut Verfassung elf Mitglieder – neben dem Präsidenten, den zwei Vizepräsidenten und den zwei Sprechern der Pyithu Hluttaw und Amyotha Hluttaw (Ober- und Unterhaus des Parlaments) sind das der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und sein Stellvertreter, sowie der Außenminister, Verteidigungsminister, der Innenminister und der Minister für Grenzangelegenheiten. „Von den elf Sitzen sind sechs für das militärische Personal re-

serviert und nur fünf für die Zivilregierung. Das ist doch keine Gewaltenteilung.“ Dem Commander-in-Chief wird in der Verfassung eine Machtfülle gegeben, die seinesgleichen sucht. Ein Viertel der Abgeordneten in den Parlamenten ist für Militärs reserviert – ernannt von ihm. Er kann sie auch jederzeit austauschen. Dazu ernennt er die Minister für Verteidigung, Grenzangelegenheiten und den Innenminister. Die Streitkräfte im Parlament schlagen wiederum einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vor. Und das sind nur die Befugnisse in normalen Zeiten – im Fall des Ausnahmezustands garantiert die Verfassung ungleich mehr.

In der Verfassung ist nach Artikel 59 (f) auch verankert, dass niemand, der etwa mit einem Ausländer verheiratet ist oder mit diesem Ehepartner Kinder hat, die keine Staatsbürger Myanmars sind, zum Präsidenten oder Vize-Präsidenten ernannt werden darf. Die meisten Menschen glauben, dass dieser Paragraph gezielt Aung San Suu Kyi von dem Präsidentschaftsamt fernhalten soll. Und ohne die Zustimmung des Militärs ist es unmöglich, die Verfassung zu ändern.

„Auch wenn Aung San Suu Kyi nicht unsere Präsidentin sein kann, kann sie uns auch als politische Parteivorsitzende führen, und unsere Nation so besser führen“, sagt Aung Zin. Die Lady habe selbst die Jugend aufgerufen, sich stärker zu engagieren.

Und MYCB wolle nun dafür sorgen, dass mehr junge Leute in der Politik mitmischen und ins Parlament kommen. Dafür organisieren sie Workshops und Trainings für Jugendliche in verschiedenen Regionen – meist sind diese allerdings schon in politischen Parteien aktiv. Für die Zukunft müssten aber auch die Politikverdrossenen gewonnen werden. Die älteren Leute im Parlament hätten oft gesundheitliche Probleme, und außerdem seien die Älteren meist konservativ, da das Militärregime sie einer Gehirnwäsche unterzogen hätte. MYCB hätte bereits rund 20 Kurse mit verschiedenen Parteien abgehalten. „Wir wollen mehr Chancen für die Jugend“, sagt Aung Zin.

5. Leichte Öffnung – aber nur, wenn es die Macht der Herrschenden nicht angreift

Mehr Chancen für die Jugend will auch Martin Tuang. Früher arbeitete er für eine verbotene NGO, die Bildungsstipendien vergab - „hat uns auf die schwarze Liste gebracht“, sagt er. „Bildung ist eines der Mittel, das die Regierung genutzt hat, um die Menschen zu unterdrücken, um sie einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Deshalb haben sie immer sehr auf Bildungsorganisationen in Myanmar geachtet.“ Heute hält er Trainings für Parlamentarier ab und ist in mehreren Friedens- und Menschenrechtsbewegungen aktiv. Für

die Myanmar Scholarship Alumni Association sorgt er dafür, dass Parlamentarier etwas über das Rechtsstaatsprinzip lernen, über Menschenrechte, über die Bedeutsamkeit von Verträgen, die Myanmar als Nation unterzeichnet. „Es ist noch so unorganisiert im Parlament; jeder weiß das“, sagt er. Seit 2013 gibt es die Trainings für die Parlamentarier. „Myanmar war für 60 Jahre abgeschottet, die Parlamentarier brauchen Bildung und Wissen und Information über die Gesellschaft. Das versuchen wir zu vermitteln.“ Neben den Parlamentariern unterrichten sie auch parlamentarische Mitarbeiter.

Neben den Trainings ist Martin Tuang auch bei Friedensmärschen mit dabei. Seit 2009, als er nach einem Praktikum wieder zurück nach Myanmar kam, engagiert er sich für Frieden im Land. Dabei versucht er sich so gut es geht im Hintergrund zu halten, um nicht verhaftet zu werden. „Viele meiner Freunde wurden von der Polizei gejagt und sie mussten sich verstecken“, erzählt er. „Das Gesetz, das von der Regierung gemacht wurde, reflektiert nicht die Stimme des Volkes. Wir können ohne Erlaubnis nicht auf der Straße protestieren.“ Sie wollten aber nicht um Erlaubnis bitten. Deshalb informieren sie die Autoritäten lediglich, „aber wir fragen nicht um Erlaubnis, weil wir das Volk sind. Es ist unser Recht.“ Martin Tuang setzt energisch nach: „Unserer Meinung nach ist das auch in unserer Verfassung niedergeschrieben: Dass die Staatsbürger das Land beschützen müssen und ihre Rechte zum Wohl des Landes einsetzen. Das geben wir meist als Grund an, warum wir protestieren.“

Martin Tuang sagt, dass es in letzter Zeit einfacher geworden sei, zu demonstrieren, da die Regierung wisse, „dass sie uns nicht stoppen kann“. Allerdings betont er auch, dass es darauf ankäme, gegen was protestiert werde. Wenn es um Proteste gegen eine umstrittene Mine ginge, dann käme die Polizei durchaus und verhafte Aktivisten. Aber für Friedensmärsche griffen sie nicht mehr so hart durch. „Themen, die ihre Macht oder Herrschaft nicht angreifen, interessieren sie nicht mehr.“

Auch wenn es leichter sei, seine Meinung öffentlich zu sagen, gebe es durchaus Leute, die Aktivisten und Politiker überwachen – eine Spezialeinheit der Polizei. „Ich denke nicht, dass mir jetzt jemand gefolgt ist, aber mein Telefon könnte abgehört werden“, sagt er und deutet auf sein Smartphone.

Wie viele bemängelt er die Qualität von Bildung im Land – „selbst wenn wir einen Abschluss haben, wissen wir nichts über das Gebiet.“ Deshalb hat er jetzt eine Art Fernstudium in Berlin aufgenommen. Das Land braucht mehr Bildung, betont er. Immer noch werden Informationen vom Volk ferngehalten. So seien etwa die Proteste in Hongkong nicht in burmesischen Medien abgebildet worden. Die meisten Medienhäuser seien von der Regierung kontrolliert.

Seine Prognose für die Zukunft ist nicht sehr optimistisch, denn viele Probleme seien ungelöst. Die Verfassung müsse geändert und die Korruption zurückgedrängt werden. Myanmar müsse internationale Werte wie Menschenrechte akzeptieren. „Wenn das nicht passiert, werden wir außen vor bleiben und es wird wieder Bürgerkrieg und Chaos geben in der nahen Zukunft.“

Für die Wahlen 2015 hofft er, dass sie fair und transparent ablaufen werden. Die Menschen seien sehr viel besser auf die Wahl vorbereitet als sie es 2010 waren.

6. ABFSU: „Wir wollen unsere Rechte!“

In einem kleinen, recht einfachen Apartment in Yangon treffe ich Phyo Phyo Aung, Phone Piay Kywe, Hpone Myat Moe und andere. Dort hat gerade ein Workshop der WINGS Capacity Building Schule stattgefunden – Studenten aus verschiedenen Regionen sind hierfür zusammengekommen. Diejenigen, die etwa aus dem Mon-Staat oder Monywa in der Sagaing-Region angereist sind, schlafen auch hier auf dem Boden.

„Wir wollen hier das demokratische Prinzip und kritisches Denken verbreiten. Denn in unserem Land, 60 Jahre unter Militärdiktatur, haben die meisten Menschen vergessen, was das demokratische Prinzip eigentlich ist“, sagt Phyo Phyo Aung, 27. „Diese Art von Bildung sollte eigentlich von den Universitäten oder Schulen geleistet werden, aber in unserem Land passiert das nicht.“ Die Schule haben sie im September 2013 gegründet. Neben den Kursen steht das Apartment allen Studenten offen; sie können hier Bücher lesen oder im Internet surfen. Regelmäßig treffen sich die Studenten zu Debatten oder zu Sprachunterricht. Finanziert wird WINGS von der amerikanischen Non-Profit Organisation National Endowment for Democracy (NED).

Phyo Phyo Aung ist außerdem Generalsekretärin des Zentralkomitees der All Burma Federation of Student Unions. Die Organisation geht auf die All Burma Students' Union zurück, deren stellvertretender Vorsitzende Aung San war. Später wurde ABSU umbenannt in ABFSU, um alle Studenten im ganzen Land zu repräsentieren. Nach dem Putsch 1962 ging General Ne Win brutal gegen die protestierenden Studenten vor, hunderte starben, tausende wurden verhaftet. ABFSU ging in den Untergrund. Zu Zeiten des 1988er-Aufstands formierte sich die ABFSU neu. Viele der Anführer wurden später vom Militär verhaftet; andere flohen in Grenzregionen. 2007, zu Zeiten der sogenannten Safran-Revolution, gründeten die Studenten ABFSU erneut – obwohl sie vorsichtig waren und Interviews im-

mer mit wechselnden Pseudonymen gaben, wurde einer nach dem anderen verhaftet, erzählt Phyo Phyo Aung. Sie war damals 19 und studierte Bauingenieurwesen. Sie selbst schaffte es, sich für acht Monate vor dem Zugriff der Regierung zu verstecken. Nachdem der Zyklon Nargis die Ayeyarwady-Region jedoch verwüstet hatte (2008), und sie den Menschen vor Ort half, die Leichen einzusammeln, wurde sie bei ihrer Rückkehr nach Yangon verhaftet. Innerhalb von drei Tagen packten sie 200 Leichen in Leichensäcke, erzählt sie. Die freiwilligen Helfer wurden alle verhaftet. Sie hätte Schande über die Regierung gebracht, sagt sie – unter Artikel 505 (b) Strafgesetzbuch sei das strafbar. Und dann gab es ja noch die ganzen anderen alten Fälle, die man ihr vorwerfen konnte, wie etwa die Gründung der illegalen Organisation ABFSU. Sie blieb drei Jahre und vier Monate im Gefängnis. „Jeder politische Gefangene wurde in ein anderes Gefängnis geschickt“, sagt sie. „Sie wollten Besuche der Familien erschweren.“ Unter dem Amnesty-Gesetz von Präsident Thein Sein wurde sie 2012 aus dem Gefängnis entlassen. „Und dann haben wir ABFSU erneut gegründet!“

Den meisten Studenten, die im Gefängnis saßen, wurde es verwehrt, ihr Studium weiterzuführen. Einzig ein Fernstudium mit sehr kurzen Präsenzzeiten sei erlaubt, erklärt die Studentin. „Sie fürchten, wir könnten sonst eine Studentenbewegung an unserer Schule starten.“ Es habe zwar Fälle gegeben, in denen Studenten mit Bittbriefen eine Sondergenehmigung bekamen, „aber es sollte unser Recht sein zu studieren. Wir sind Studenten. Wir wollen keine Briefe schreiben, in denen wir flehen müssen.“

Nach Ansicht der Regierung ist ABFSU bis heute eine illegale Organisation, weil sie nicht als Organisation registriert ist.

„Die meisten Außenstehenden denken, dass wir uns jetzt zu einer Demokratie entwickeln“, schüttelt sie den Kopf. „Aber die Militärdiktatur hat doch schon den Weg vorgezeichnet, die Verfassung verabschiedet. Vorher hatten wir gar keine Verfassung, sie konnten einfach nach Belieben agieren. Jetzt haben sie eine Verfassung, auf die sie sich berufen können. Das ist der einzige Unterschied.“ Nun gebe es Gesetze, mit denen sie die Bevölkerung unterdrücken könnten.

Zum Beispiel verlangt Artikel 18 des Peaceful Assembly and Peaceful Procession Law, dass Demonstranten für ihre Proteste erst Erlaubnis einholen. „Das heißt, wenn man durch drei Stadtteile marschieren will, braucht man auch die Erlaubnis von den drei Stadtteilen. Ein Aktivist, Htin Kyaw, ist jetzt erst zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, weil er von jedem Stadtteil einzeln verurteilt wurde.“

Sie wisse von fünf ABFSU-Studenten, die zurzeit vor Gericht stünden. Auch sie betont, dass die Verfassung dringend vor der Wahl reformiert werden müsse. „Die Wahl 2015 ist nicht die Lösung. Denn unter der Verfassung

von 2008 können wir ja doch nichts ändern, selbst wenn die NLD gewinnen sollte.“ Sie beobachteten die Friedensverhandlungen und plädierten für einen Dialog mit ethnischen bewaffneten Gruppen und der Regierung. „Die Regierung und das Militär und das Parlament sind doch größtenteils das gleiche.“ Außerdem sollte es einen Plan B geben für den Fall, dass Aung San Suu Kyi wirklich nicht Präsidentin werden darf. „Wir sind wirklich sehr schwach in Bezug auf Führungsqualitäten. Wir hoffen immer nur, dass wir einen guten Führer bekommen, aber wir tun nichts für unsere eigenen Führungsqualitäten. Ich glaube, dass gute Führung nicht nur von einer Person abhängt.“

Studentenvereinigungen gebe es zwar im ganzen Land, aber überall werde Druck auf die Studenten ausgeübt. In Lashio im Shan-Staat, ähnlich wie in der Hauptstadt Nay Pyi Taw, habe die Spezialeinheit der Polizei die Eltern eingeschüchtert, sodass das gesamte Zentralkomitee von seinen Ämtern zurückgetreten sei. Auch die Universitäten untersagten den Studenten, sich einer Bewegung anzuschließen. In Yangon und Mandalay seien sie hingegen gut aufgestellt. „Sie trauen sich nicht, uns anzugreifen.“ In Mrauk U und Sittwe im Rakhine-Staat sei es schwierig, mit den Studentengewerkschaften in Kontakt zu bleiben. Außerdem gebe es da einige, die gegen Rohingya-Studenten agitierten, und das könnten sie nicht akzeptieren, da sie für gleiche Rechte für alle einstünden. „Wir beobachten nur. Und wenn wir eine Krisensitzung einberufen, dann laden wir sie natürlich auch ein.“

Und die Krisensitzung, die sie im November halten werden, wird die Zukunft Myanmars noch nachhaltig erschüttern: Die Regierung hat ein umstrittenes Bildungsgesetz verabschiedet, das die Studenten aufhalten wollen. Im Kern geht es darum, dass die Regierung Bildung zentralisieren will und den Universitäten keine Autonomie zugestattet. Dafür werden die Studenten auf die Straße gehen – wieder und wieder. „Nach dem Militärputsch von 1962 haben wir das Recht auf autonome Universitäten, Studentenvereinigungen, auf ein bilinguales System verloren. Wir wollen diese Rechte zurück!“

Im März demonstrieren die Studenten immer noch – sie wollten diesmal auf Yangon zumarschieren. Bilder von Polizisten, die auf Studenten mit Schlagstöcken eindreschen, zeigen der Weltöffentlichkeit ein Land, das an 1962, 1988, 2007 erinnert. Von dem propagierten positiven Wandel ist nichts zu spüren. Phyo Phyo Aung wurde verhaftet und sitzt zurzeit im Gefängnis.

7. „Nicht auf dem richtigen Weg“

Phone Piay Kywe hat gemeinsam mit Phyoe Phyoe Aung Bauingenieurwesen studiert und wurde 2008 verhaftet, weil er zu ihr Kontakt hatte, als sie sich vor der Polizei versteckte. Er schloss sich ABFSU erst im Januar 2012 an, nachdem er nach zwei Jahren und sieben Monaten nach Ablauf seiner vollen Haftstrafe entlassen wurde. Bei der WINGS-Schule ist er seit etwa einem Jahr mit dabei. „Ich wollte etwas Gutes für mein Land tun, für die Zukunft meines Landes“, sagt der 25-Jährige. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs war er Mitglied des Zentralkomitees.

Als er Phyoe Phyoe Aung damals kontaktierte, war er sich sicher, dass er anschließend im Gefängnis landen würde. „Es war zu 100 Prozent klar, dass ich verhaftet werden würde, wenn ich meine Freunde kontaktiere. Ich wusste das, aber ich bin das Risiko trotzdem eingegangen. Ich habe Selbstachtung. Wenn ich das Richtige tue, dann muss ich keine Angst vor niemandem haben und auch die Konsequenzen nicht fürchten. Es ist mein Recht, mit jedem Kontakt zu haben, mit dem ich das möchte.“ Er half Phyoe Phyoe Aung auch mit dabei, die toten Menschen nach dem Nargis-Desaster zu beerdigen.

Heute werde Artikel 18 dazu genutzt, die Leute willkürlich wegzusperren. „Artikel 18 ist nur dazu da, um die Leute zu unterdrücken und ihre Rechte zu verletzen“, sagt er. „Ich möchte echten Wandel sehen. Ich möchte sehen, wie mein Land auf dem Weg zur Demokratie ist. Wir sind nicht auf dem richtigen Weg. Es gibt Wandel, aber der ist nicht echt. Die Regierung ist nicht ehrlich.“

Das Militär habe sich nicht freiwillig auf den Weg zur Demokratie gemacht. „1988 war der größte Aufstand, den das Land jemals gesehen hat. Wenn sich hier nicht etwas geändert hätte, dann hätte es so einen Aufstand nochmal gegeben“, sagt Phone Piay Kywe. „Seit 1988 haben die Menschen immer wieder für Demokratie gekämpft. Wie viele Menschen sind dafür schon gestorben!“

Es sei doch nur Augenscherelei, was die Regierung an Reformen vorlege. „Sie verabschieden Gesetze, nur damit sie zeigen können, dass es Gesetze gibt. Aber die Gesetze erfüllen nicht die Anforderungen an demokratische Standards. Auch nicht das Parlament. Wir wissen, dass es kein demokratisches Parlament ist. 25 Prozent der Sitze gehen an Militärpersonal.“

Und das verabschiedete Bildungsgesetz zementiere die Kontrolle der Regierung. „Wir sind gegen diese Zentralisierung und dass Unterricht nur in Englisch oder Burmesisch abgehalten wird. In den ethnischen Gebieten verstehen sie Burmesisch nicht und dann verstehen sie den Unterricht nicht und gehen nicht mehr zur Schule.“ Es sei eine Schande – in den 1950er Jahren galt das Bildungssystem in Myanmar als eines der besten in Südostasien,

jetzt sei es das schlechteste. Ursprünglich seien zivilgesellschaftliche Gruppen eingeladen gewesen, über das Bildungsgesetz mitzudiskutieren, aber nachdem sie laut und deutlich gesagt hätten, dass sie mit dem Gesetz nicht einverstanden sind, wurden sie wieder ausgeladen.

„Ich hoffe, dass die internationale Gemeinschaft bei den Wahlen ganz genau hinschaut“, betont er. Und er wünscht sich, dass auch hinter die Fassaden geschaut wird. „Es gibt zum Beispiel viele politische Gefangene, die meistens dann freigelassen werden, bevor hochrangiger Besuch etwa von Ban Ki-moon oder Barack Obama ansteht. Sie sind wie Geiseln, sagen die Menschen hier.“

Er selbst wünscht sich Aung San Suu Kyi als Präsidentin und meint, die NLD sollte überhaupt nicht bei den Wahlen antreten, wenn die Verfassung nicht vorher geändert wird. „Wir lehnen diese Verfassung absolut ab!“ Die Zukunft Myanmars hänge ganz entscheidend von 2015 ab. Er akzeptiere, dass Wandel nicht über Nacht entstehen könne, aber er verlange echten Wandel. Doch die Regierung wolle demokratische Rechte durch wirtschaftlichen Fortschritt ersetzen – und das lehne er ab.

Aung San Suu Kyi und die 1988er-Generation hätten einen starken Rückhalt in der Bevölkerung; bislang hätten sie nur mit der Regierung verhandelt, aber nicht gezeigt, dass sie auch die Macht des Volkes hinter sich wissen. „Ich persönlich bin bereit, wenn sie zu Protesten aufrufen“, erklärt er ernst. „Ich habe keine Angst. Ich möchte nicht verhaftet werden, aber ich kann das aushalten, wenn sie uns wieder verhaften wollen.“ Er selbst sei jedoch kein Politiker, kein Stratege. „Ich weiß lediglich, wie ich am besten in diesem Spiel mitspiele, das von der Regierung, von der Armee gestaltet wird.“

8. Paradies Yangon?

Hpone Myat Moe, 18, ist aus dem Mon-Staat nach Yangon gekommen, um den dreitägigen Workshop zu besuchen. Er ist Mitglied des Führungsgremiums der Technological University Students' Union in Mawlamyine und wird den anderen Mitgliedern der Studentenvereinigung später vom Kurs berichten. Die Vereinigung ist mit zehn Mitgliedern noch recht klein. „Unsere Situation ist ein bisschen anders als die in Yangon“, sagt der 18-Jährige. Viele wurden in der Vergangenheit verhaftet, „deshalb trauen sich die meisten Studenten nicht, Mitglied in einer Studentenvereinigung zu werden.“

In Yangon hätten die meisten Studenten die Möglichkeit, politische Bücher zu lesen. Das sei im Mon-Staat anders. Auch die Kommunikation sei hier, in Yangon, verglichen mit Verhältnissen im Mon-Staat, sehr gut. 2012

hat er gemeinsam mit einer Studentin die Vereinigung an seiner Universität gegründet, nachdem ein Lehrer die beiden bekannt gemacht hatte. Sein Vater war ebenfalls ein Aktivist und Teil der 1988er-Bewegung.

Die drängendsten Probleme für die ethnischen Gruppen seien die Friedensverhandlungen, Gleichberechtigung und die Bekämpfung des Drogenproblems. Die Regierung tue jedoch nichts, um den Drogenkonsum einzudämmen. „Wir gehören zu den ethnischen Gruppen, also bekämpfen wir die Militärregierung. Die Jugend ist die neue politische Führung. Und wenn sie Drogen nehmen, dann verlieren sie die Fähigkeit, Politik zu verfolgen“, erklärt er. Deswegen ginge die Regierung nicht systematisch gegen Drogenkonsum in den ethnischen Gebieten vor.

9. Wandel? Welcher Wandel?

Jetzt bin ich doch tatsächlich zu früh am vereinbarten Treffpunkt. Nach den ersten Gesprächen mit Aktivisten in Yangon, zu denen ich grundsätzlich zu spät kam, habe ich dieses Mal extra viel Zeit für den in der Stadt unvermeidlichen Stau eingeplant – und nun stehe ich hier, vor einem wenig einladenden Gebäude, das das Büro der Jugendorganisation Generation Wave beherbergen soll. Im Erdgeschoss scheint eine Art Autowerkstatt zu sein. Der Taxifahrer nickt, zeigt auf den Zettel mit der Adresse und sagt: „Okay!“

Ich steige aus und schaue mich um. Die Jungs vor der Autowerkstatt schauen zurück. Einer deutet aufs schmale Treppenhaus, dann nach oben. Vielleicht also doch die richtige Adresse...? Aber ich bin ja ohnehin über eine halbe Stunde zu früh. Immerhin kann ich inzwischen wieder per Mobiltelefon kommunizieren (Roaming funktioniert hier noch nicht). Zwar habe ich keine SIM-Karte vom guten Handyanbieter MPT erwischt, der eine stabile und umfassende Netzabdeckung verspricht; die Schwarzmarktpreise waren einfach zu hoch. Inzwischen weiß ich, dass es mit meinem relativ neuen Anbieter eher Glückssache ist, wann ich erreichbar bin. Über Stunden kann ich keine SMS senden oder empfangen – und heute wurden zum Beispiel gar keine Telefongespräche zu mir durchgestellt. Der Service wird außerhalb Yangons sicher nicht besser werden. Aber ich schweife ab. Ich bin mit Moe Thway verabredet, der die Organisation Generation Wave 2007 gemeinsam mit ein paar Freunden gründete und der Gruppe heute als Präsident vorsteht. Jedenfalls erreiche ich Moe Thway tatsächlich per SMS – und laufe ihm dann per Zufall auf der Suche nach einem Getränkestand in einer Seitenstraße über den Weg. Im Generation-Wave-Büro im vierten Stock sitzen ein paar Mitglieder und lesen. Bestehenden Gesetzen zufolge sei die Organisation – und das, was sie macht – immer noch illegal, sagt Moe Thway.

Der 34-Jährige zuckt mit den Schultern. In den nächsten Stunden wird er erzählen von den Anfängen nach der sogenannten Safran-Revolution 2007, von seiner Flucht nach Thailand im März 2008, um nicht als politischer Gefangener im Gefängnis zu landen und von Myanmar, wie es heute ist.

Moe Thway sagt, es war einfach nur Zufall, dass er nicht zuhause war, als er 2008 verhaftet werden sollte. 27 Generation-Wave-Mitglieder wurden damals ins Gefängnis gesteckt, so Thway. Einige wurden 2011 wieder freigelassen, die anderen ein Jahr später. Die Generation-Wave-Mitglieder in Thailand kehrten 2011 zurück nach Myanmar.

„Andere mögen sagen, dass Präsident Thein Sein politische Gefangene freigelassen hat. Aber er lässt immer noch verhaften. Ich selbst wurde zweimal verhaftet – einmal 2012 und dann 2013 nochmal“, erzählt Moe Thway. Die Regierung nutze die politischen Gefangenen als Spielball, um hochrangigen internationalen Besuch zufrieden zu stellen. „Ich bin sicher, wenn [US-Präsident Barack] Obama nächsten Monat kommt, werden sie einige politische Gefangene freilassen.“

Auch die Wahlen im nächsten Jahr könnten nicht als frei und fair gelten, wenn die Verfassung nicht geändert werde: Der Verfassung von 2008 zufolge werden 25 Prozent der Sitze im Parlament automatisch an Militärs vergeben; außerdem darf Aung San Suu Kyi nicht als Präsidentschaftskandidatin antreten, weil sie mit einem Briten verheiratet war und ihre Kinder die britische Staatsbürgerschaft haben. „Die Bürger haben nicht das Recht, alle Parlamentarier zu wählen. Und sie haben nicht das Recht, für eine Präsidentin zu stimmen, die sie wollen“, so Moe Thway. „Wie könnten wir da sagen, dass die Wahlen frei und fair werden?“ Moe Thway sagt, er werde kämpfen, sollte die Regierung es wagen, Wahlen abzuhalten, ohne die Verfassung zu ändern. „Dafür gehe ich auch wieder ins Gefängnis.“ Die meisten Aktivisten, mit denen ich bisher gesprochen habe, formulieren das ähnlich. Sie sind sich bewusst, dass sie jederzeit verhaftet werden könnten – aber sie sind bereit, dieses Risiko einzugehen. Das Interview war gut, informativ und ausführlich – was Moe Thway im anschließenden Hintergrundgespräch beim späten Abendessen erzählt, ist allerdings nochmal um einiges interessanter. Aber off-the-record. Nach einer knappen Woche in Yangon, dem politischen und wirtschaftlichen Zentrum des Landes, reise ich nun weiter nach Nay Pyi Taw – Myanmars offizielle Hauptstadt.

10. Kurzbesuch in der Geisterstadt

Die Straßenzüge sind leer. Die Hotels auch. Myanmars Hauptstadt Nay Pyi Taw ist wie ausgestorben, als ich in der Stadt ankomme. Mein sonst sehr

ausführliches Reisehandbuch hält für Nay Pyi Taw die knappe Warnung bereit: „Nay Pyi Taw kann kaum als Touristenattraktion bezeichnet werden, es sei denn, man reist mit eigenem Auto und Fahrer an und empfindet Freude an achtspurigen, völlig freien Straßenzügen.“

Die Straßen wurden in der Zwischenzeit wohl weiter ausgebaut – auf der Zufahrtsstraße zur Regierungszone zähle ich 20 Spuren (jeweils 10 für eine Richtung). Das Verkehrsaufkommen hält sich in Grenzen: Auf der Straße unterwegs ist nur mein kleines Mototaxi.

Auch sonst sind die Informationen zu Nay Pyi Taw eher spärlich.

Nach meinem ersten Termin am frühen Nachmittag in Pyinmana, einer kleinen Stadt neben Nay Pyi Taw (die aber Teil des Nay Pyi Taw Union Territory ist) ernte ich nur Kopfschütteln, als ich sage, dass ich anschließend zum Parlament aufbrechen möchte. Mein nächstes Gespräch findet erst am Abend statt. Ich habe Zeit und würde gerne das Parlamentsgebäude sehen (auch wenn die Türen für mich sicher geschlossen bleiben werden). Auch der Motorradtaxifahrer ist erstaunt. Den Weg scheint er nicht zu kennen. Mehrmals hält er auf den großen Straßenzügen an, um zumindest die Richtung zur Regierungszone zu erfragen. Doch weit kommen wir ohnehin nicht: Polizisten stoppen mich an einer Straßensperre. Kein Zugang zur Regierungszone. Ob ich denn nicht das Parlament von außen fotografieren könnte? Doch, klar – von hier aus, hinter der Absperrung, sehr gerne. Und samstags und sonntags dürfte ich auch das Parlament besichtigen, sagt der Polizist. Später wird mir mitgeteilt, dass ich mich mehrere Tage vorher ankündigen müsste, um eine Erlaubnis einzuholen.

Ich habe allerdings nicht vor, in dieser toten Stadt länger als nötig zu verweilen – und so wichtig war mir der Parlamentsbesuch nicht. Ich wollte eigentlich nur mal ausprobieren, ob es geht.

Die Dimensionen in Nay Pyi Taw sind riesig: Von meiner Hotelzone (Hotelzone 2 im Norden; es gibt zwei Zonen, in denen Ausländer übernachten dürfen) brauche ich eigentlich zu jedem Punkt mindestens 30 Minuten auf dem Mototaxi. Laut meinem Reisehandbuch ist für Nay Pyi Taw eine Fläche vorgesehen, die fünfmal so groß ist wie Berlin. Für diesen Platz in der Hauptstadt wurden viele Farmer vertrieben.

11. Die neue Stadt Nay Pyi Taw verdrängt Farmer

Myo Tay Zar Maung, Aktivist, Poet und ehemaliges NLD-Youth-Mitglied, versucht, Farmern zu ihrem Recht zu verhelfen. Erst vor kurzem wurde ein Farmer ins Gefängnis gesteckt, sagt er. Den Farmern vermittelt er Anwälte, um vor Gericht ziehen zu können.

Ich treffe den 31-Jährigen in seiner Lieblingsteestube in Pyinmana, die so etwas wie sein zweites Zuhause ist. Myo Tay Zar Maung unterrichtet angehende Studenten in Englisch, damit sie das Examen schaffen. In seiner Freizeit bringt er jungen Kindern von fünf bis 15 Jahren ehrenamtlich Englisch bei.

„Schon allein in dieser Teestube sind fast 20 Kinder. Viele arbeiten hier als Kellner. Ich versuche ein Team zu organisieren, um sie nachts zu unterrichtet, wenn sie frei haben“, sagt Myo Tay Zar Maung.

Er selbst will bald eine Organisation gründen – er ist jedoch noch unschlüssig, ob er sich auf Bildungschancen für Kinder oder Rechte für Farmer konzentrieren soll. Der Kampf gegen den Landraub durch die Regierung birgt jedenfalls erheblich mehr Konfliktpotential. 73 Prozent der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, sagt Myo Tay Zar Maung – und Farmer seien überall im Land in Schwierigkeiten.

„Falls ich ein Team organisiere oder eine Organisation gründe, werde ich keine Erlaubnis bei der Regierung einholen“, erklärt Myo Tay Zar Maung. „Ich glaube nicht an diese Verfassung. Ich habe nicht für diese Verfassung gestimmt.“

„Falls ich ein Team organisiere oder eine Organisation gründe, werde ich keine Erlaubnis bei der Regierung einholen“, erklärt Myo Tay Zar Maung. „Ich glaube nicht an diese Verfassung. Ich habe nicht für diese Verfassung gestimmt.“ „Die meisten Menschen hier sehen Yangon als die Hauptstadt an“, sagt Myo Tay Zar Maung. „Die meisten Menschen aus Pyinmana glauben, dass Nay Pyi Taw unsere schöne Stadt zerstört hat.“ Außerdem wurden die Rechte beschnitten, kritisiert Maung. Vorher stand die Stadt unter der Administration der Mandalay-Division. „Jetzt werden wir vom Nay Pyi Taw Council regiert. Also haben wir unsere Stimme verloren. Wir haben kein Regionalparlament; wir stehen unter der direkten Kontrolle des Nay Pyi Taw Councils, das unter der direkten Kontrolle des Präsidenten steht.“ Die Wahlen 2010 habe er boykottiert, sagt Myo Tay Zar Maung. Und auch die Nachwahl 2012 sei ein Trick der Regierung gewesen. „Sie wollten, dass Aung San Suu Kyi und die NLD ins Parlament kommen, damit das Parlament wiederbelebt wird. Ohne Aung San Suu Kyi, ohne die NLD, ist das Parlament tot. Niemand hat sich mehr für das Parlament interessiert.“ „Und jetzt glaubt das internationale Publikum, dass Myanmar sich gewandelt hat, weil Aung San Suu Kyi im Parlament ist, weil sie ins Ausland reisen kann, in die USA, nach Europa, und dort Reden halten kann und die Zuhörer applaudieren – aber für die Menschen hier hat sich nichts verändert.

Obwohl, sagt er – eines habe sich doch geändert: „Wir haben unsere nationale Führungsperson verloren“, so Myo Tay Zar Maung. „Aung San Suu Kyi hat sich von den Menschen entfernt, denke ich. Sie ist im Parlament und

hat den Kontakt zu ihren Leuten verloren.“ Es sei extrem schwierig geworden, ihr Nachrichten zu schicken oder sie über Probleme zu unterrichten.

Er würde sie durchaus gerne als Präsidentin sehen, aber er gibt sich keinen Illusionen hin. „Die Regierung wird diesen Artikel [der Aung San Suu Kyi verbietet zu kandidieren] niemals ändern, weil sie sie nicht als Präsidentin wollen.“

Für die Zeit nach Aung San Suu Kyi prophezeit er Chaos, denn es wird für die NLD schwierig werden, einen Nachfolger zu bestimmen. „Die NLD ist eine sehr personenzentrierte Partei mit vielen verschiedenen politischen Ansichten“, sagt Myo Tay Zar Maung. „Sie können nur sagen: ‚Wir lieben Mutter Suu, wir lieben Mutter Suu‘ – Liebe ist aber nicht wichtig in der Politik.“

Ein kurzfristig organisiertes Gespräch am nächsten Tag mit einem Anwalt, der sich um Entschädigung für von ihrem Land vertriebene Farmer bemüht, platzt leider. Ich sitze in seiner Wohnung und Arbeitsstätte, als er wegen eines wichtigen Termins in Nay Pyi Taw absagt.

12. Vom Hip-Hop-Künstler zum Parlamentsmitglied

Am Abend treffe ich MP Zayar Thaw in seiner Unterkunft. Der 33-Jährige war früher Hip-Hop-Künstler, Gründungsmitglied von Generation Wave – und wurde 2007 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Im Mai 2011 wurde er unter dem Amnestie-Gesetz entlassen. In den Nachwahlen 2012 kandidierte er als Mitglied der National League for Democracy (NLD) und zog ins Parlament ein. Nun arbeitet er eng mit Demokratie-Ikone Aung San Suu Kyi zusammen.

„Als mir meine Partei den Wahlkreis in Nay Pyi Taw [Pobathiri] zugeteilt hatte, war das erste, was ich dachte: ‚Wie soll ich da einen Wahlkampf führen, wenn da keiner wohnt? Wie kann ich die Menschen dort treffen?‘ Zu der Zeit bin ich lediglich zweimal durch Nay Pyi Taw gefahren.“

Auch er spricht von den Problemen der Farmer, und dem mangelnden Willen der Regierung, sie zu entschädigen.

Ich habe Glück, Zayar Thaw überhaupt zu treffen, denn er ist sehr beschäftigt. Seine Partei versucht, die vorgeschlagene Änderung vom Mehrheitswahlrecht zum Verhältniswahlrecht aufzuhalten. Unter dem jetzigen Wahlrecht zieht derjenige als MP ins Parlament, der die meisten Stimmen im Wahlkreis auf sich vereinigen kann. Einige sagen, dass die USDP (Union Solidarity and Development Party; wurde 2010 von der früheren Militärregierung aus einer regimenahen Massenorganisation gebildet) von einer solchen Änderung profitieren würde, weil sie befürchtet, in den nächsten

Wahlen 2015 nicht mehr allzu viele Wahlkreise zu gewinnen. Doch eingebracht wurde der Änderungsantrag von der NDF (National Democratic Force – die Partei hatte sich 2010 von der NLD abgespalten, da die NLD damals die Wahlen boykottierte, einzelne Mitglieder aber antreten wollten).

Die NLD lehnt die Einführung einer Verhältniswahl ab, weil die meisten Angehörigen der ethnischen Minderheiten dagegen sind, so Zayar Thaw. Wenn das Wahlrecht geändert wird, sollten die Bürger dazu in einem Referendum befragt werden, fordert er.

Seine Partei hat 2012 mit drei Themen geworben: Das Land versöhnen, die Verfassung ändern, und einen Rechtsstaat installieren. „Wenn ich nur einen wichtigen Punkt nennen dürfte, dann wäre das Sektion 436, denn das ist der verfassungsändernde Absatz“, so Zayar Thaw. Es sei sehr sehr schwierig, die Verfassung zu ändern. „Um die Verfassung zu ändern, braucht man 75 Prozent plus 1 Stimme im Parlament. Alle gewählten Personen zusammen genommen machen aber nur 75 Prozent aus. Also wenn alle gewählten MPs die Verfassung ändern wollen, müsste immer noch mindestens ein Militärmitglied mit Ja stimmen, um die Verfassung zu ändern.“

Zayar Thaw sagt, die NLD dränge auf einen Dialog der vier Parteien: Gespräche zwischen Aung San Suu Kyi, Präsident Thein Sein, dem Parlamentssprecher und dem militärischen Oberkommandeur.

Eine Nummer zwei nach Aung San Suu Kyi, die unter der jetzigen Verfassung nicht zur Präsidentschaftswahl antreten darf, gibt es noch nicht. Für einen Plan B oder Plan C sei es auch noch zu früh, so Zayar Thaw.

Wir haben jetzt die winzige Chance, unser Land nach vorne zu bringen, sagt Zayar Thaw. „Im Moment sind wir noch nicht auf dem richtigen Weg. Deshalb versuchen wir, darauf zu drängen, dass unser Land auf den richtigen Weg kommt.“ „Es könnte durchaus gelingen – oder aber auch nicht“, so Zayar Thaw. „Alles kann passieren.“

Einige Menschen sehen Präsident Thein Sein als eine Art Reformier. Doch die meisten hätten vergessen, dass er lediglich dem Sieben-Punkte-Plan folgt, so Zayar Thaw. Wenn er wirklich ein Reformier wäre, hätte er die Reformen doch schon früher anstoßen können – nämlich, als er Premier des Landes war.

„Die Menschen im Ausland sind sehr optimistisch in Bezug auf die Regierung, aber in Wirklichkeit kann man noch keine Meilensteine erkennen.“

13. Englisch als Tor zur Welt

Nach meinem Besuch in Myanmars lebloser Hauptstadt reise ich mit dem Überlandbus am Abend weiter in Richtung Nyaung U, Mandalay Division.

Lediglich wenige Kilometer entfernt liegt das bei Touristen beliebte Städtchen Bagan mit den Pagodenfeldern, wodurch ich mir eine gute Infrastruktur erhofft hatte. Doch weit gefehlt: In meinem Hotel funktioniert Internet nur sporadisch; und wenn die Verbindung steht, komme ich lediglich auf die Website meines Emailanbieters, kann mich aber nicht einloggen. Das macht meinen Plänen insofern einen Strich durch die Rechnung, da ich von hier aus die Schritte für die nächste Etappe festlegen wollte. Mein Mobiltelefon mit der lokalen Sim-Karte funktioniert auch nicht zuverlässig.

Bagan ist wohl einer der touristischsten Orte Myanmars. Nirgendwo auf meiner Reise bin ich so vielen Touristen auf einmal begegnet. Und mit den Touristen kommen die aufdringlichen Verkäufer, die Kommerzialisierung, die Vertreibung. In den 1990er Jahren wurden die Bewohner Alt-Bagans nach Neu-Bagan umgesiedelt – offiziell, um die archäologische Zone zu schützen.

Per Zufall treffe ich den Mönch Uzin Joti, der Schülern in einem buddhistischen Kloster Englisch beibringt und Computerkurse gibt. Das Kloster ist einfach; die Bibliothek, in der Uzin Joti sitzt, ist gleichzeitig auch Besprechungszimmer und Aufenthaltsraum. Hinter dem Bücherregal hängt Wäsche zum Trocknen. Ich vermute, dass Mönche hier auch abends auf dem Boden schlafen. Er freut sich, mit Ausländern ins Gespräch zu kommen. Als ich erwähne, dass ich Journalistin bin und interessiert bin, junge Leute zu treffen, die ihr Land bewegen wollen, gibt er mir die Telefonnummer seines Lehrers – ein 28-Jähriger, der Kindern in seiner Freizeit umsonst Englisch beibringt.

Tatsächlich treffe ich Zaw Thura Tow später. „Englisch ist sehr wichtig für die Menschen hier. Um mit anderen zu kommunizieren, um etwas über die Welt zu erfahren“, sagt er. Er erzählt von den vielleicht gerade mal Achtjährigen, die nicht mehr zur Schule gehen, sondern Postkarten an Touristen verkaufen. „Die Eltern sind arm und nicht gebildet. Wenn die Kinder hart arbeiten, verdienen sie um die drei bis fünf Dollar pro Tag. Es ist sehr wichtig für sie, dieses Einkommen zu erzielen. Sie haben Zeit, aber sie haben nicht die Chance, die Schule zu besuchen“, so Zaw Thura Tow. Mit Englischkenntnissen könnten sie zumindest ihren Lebensstandard verbessern, ist er überzeugt.

Der 28-Jährige ist im südlichen Teil der Ayeyarwady Division geboren und in Yangon aufgewachsen. Dort studierte er Computerwissenschaften und machte 2006 seinen Abschluss. „In den drei oder vier Jahren, die ich studiert habe, konnte ich noch nicht mal das Internet benutzen“, sagt er. „Ich wusste nicht, wie man einen Computer bedient. Ich wusste nicht, wie man im Internet surft. Wir haben nur die Theorie aus Büchern gelernt.“ Für rund tausend Studenten habe es eine Handvoll Computer gegeben – für maximal eine halbe Stunde durfte jeder Student einmal pro Woche an einem Compu-

ter arbeiten. „Manchmal, wenn wir an der Reihe waren und wir in den Computerraum durften, gab es Stromausfall“, lacht er. Egal, mit wem ich spreche – das Bildungssystem wird überall im Land kritisiert.

Er gehört der Ethnie der Karen an und ist Christ. Seine Mutter ist Christin, sein Vater Buddhist. In Yangon arbeitete er in einem Christlichen Bibelinstitut als Englischlehrer und brachte dort Leuten den Umgang mit Computern bei. Nach Bagan kam er 2010 und leitete zunächst eine Sprachschule, die unter anderem freie Unterrichtsstunden für Englischlehrer in staatlichen Dorfschulen anbot. Danach arbeitete er in einem von der US-Regierung finanzierten Bildungsprojekt mit. Seit zwei Wochen ist er selbstständiger Englischlehrer und Touristenführer. Und er ist eine der positiven Ausnahmen, denn es sprechen längst nicht alle selbsternannten Touristenführer mit Englischkenntnissen gut genug Englisch, um Touristen auch etwas erklären zu können.

Seiner Meinung nach habe sich in den letzten zehn Jahren einiges zum Besseren gewandelt – „langsam, und sicherlich nicht perfekt. Es entwickelt sich immer noch. Aber verglichen zu vor zehn Jahren hat sich einiges verändert.“

Auf seiner Tasche prangt der Slogan „Save Plastic Campaign“ – Umweltschutz ist ein Thema, dem noch keine große Beachtung geschenkt wird. Diese Tasche habe eine seiner Kolleginnen – und Verlobte – selbstgemacht. Gemeinsam mit ihren Studenten sei sie damals losgezogen und habe die Straßen von Müll befreit. Leider wird ein mit ihr ausgemachtes Treffen später dann leider nicht mehr klappen – ich hätte gerne noch etwas mehr von ihr gehört.

14. „Unser kritisches Denken wird zerstört“

Da ich immer meine Interviewpartner entscheiden lasse, wo wir uns treffen, lande ich heute in Mandalays neuem, schicken Einkaufszentrum. In Mandalay, Myanmars zweitgrößter Stadt nach Yangon, werde ich viel laufen, denn Taxis (Autos sowie Motorräder) halten hier grundsätzlich nur dann, wenn ich keines brauche. An dem Tag habe ich allerdings Glück und ein Mototaxi fährt mich bis vor die Tür. Ich treffe mich mit zwei jungen Aktivisten der Studentenorganisation Myanmar Youth Capacity Building – Mandalay. Vizepräsident Chan Thar Soe, 21, ist dafür extra aus einem 20 Kilometer entfernten Dorf nach Mandalay gekommen. Sein Onkel, der ihn hergefahren hat, hält sich dezent im Hintergrund. Im Einkaufszentrum steuern die Studenten ein Fastfood Restaurant an. Mit meinem wenn auch kleinen Aufnahmegerät bleiben wir aber nicht lange unbeobachtet – und der Besitzer des Ladens kommt auf uns zu und stellt sich vor. Er habe lange in

Kanada gelebt (was man seiner englischen Aussprache durchaus auch anhört) und nun sei er seit kurzem wieder zurück im Land. Jetzt eröffneten sich hier ja viele Chancen, sagt er.

Die Studenten sind sich da nicht so sicher. Wie schon andere vor ihnen bemängeln sie auch die schlechten Bildungschancen im Land und warnen vor intransparenten Wahlen. Die Organisation ist noch recht jung – sie haben sie erst im Mai 2014 gegründet. Von damals zehn Mitgliedern haben sie nun bereits 65 Mitstreiter. Mit MYCB Yangon sind sie über die soziale Plattform Facebook verbunden. Facebook sei wichtig für ihre Arbeit, sagen sie.

Die beiden Ingenieursstudenten kritisieren das zentralisierte National Education Law, gegen das viele auf die Straße gehen werden. „Der Unterricht hier ist so schlecht, dass du jemanden bezahlen musst, damit er es dir außerhalb des Unterrichts beibringt“, sagt Su Su Htwe, 20. Das will sie aber nicht als generelle Kritik an den Lehrern verstanden wissen, denn sie hätten schlichtweg nicht die Kenntnisse, die sie vermitteln sollten. Und für deren Ausbildung habe der Staat zu sorgen. Außerdem seien Lehrer mit einem Einkommen von rund 100 US-Dollar im Monat unterbezahlt.

„Der Unterricht ist nicht interaktiv; wir hören nur zu. Sie zerstören unser kritisches Denkvermögen.“ Im Englischunterricht werde nur lesen und schreiben geübt – Gespräche und Diskussionen gebe es nicht. „In unserer Kultur müssen wir gehorchen. Das ist eins der Probleme. Wir dürfen uns nicht wehren oder unsere Lehrer kritisieren.“ Das gelte nicht nur für Lehrer. „Wir müssen auf das, was ältere Menschen sagen, hören. Wenn wir ihnen keinen Respekt erweisen, gilt das als sehr unhöflich.“

Ziel ihrer Organisation ist, allen jungen Menschen dabei zu helfen, in Wirtschaft, in Politik, in allen Feldern mitzumischen – und zwar Jugendlichen aus allen ethnischen Gruppen. Aber politischer Aktivismus ist nicht gern gesehen. „Die Regierung verbietet jedem Student, sich in Politik einzumischen“, sagt Chan Thar Soe. Alle Arten von Aktivitäten müssten sie jemandem an der Universität melden. „Wenn wir etwas außerhalb der Universität machen wollen, also zum Beispiel andere informieren, müssen wir das berichten.“

Dabei sei es dringend angebracht, Leute zu aufzuklären, betont Su Su Htwe. „Information und Aufklärung der Wähler sei wichtig, denn viele Menschen sind nicht gebildet.“ Und dass Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi von der Präsidentschaftskandidatur gebannt ist, sei ein großes Hindernis für die demokratischen Reformen in Myanmar. Vor den Wahlen müsse eine Verfassungsreform stehen. „Die meisten Menschen wollen den Wandel, aber sie hören uns immer noch nicht zu“, sagt sie. „Bis jetzt sehen wir noch keinen Wandel hier. Wir wollen Wandel.“

Eine Möglichkeit sei es, Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie die Verfassung ändert. Dafür gehen einige Studenten auf die Straße. Die beiden sagen jedoch, dass sie sich daran nicht beteiligen. Das Militär hat in der Vergangenheit gezeigt, wie hart es mit Demonstranten umgeht und keine Proteste duldet.

15. Hassbotschaften an Harry

Ich treffe Harry in den Räumen von iPACE, dem Institute for Political and Civic Engagement, das von der US-Regierung finanziert wird. Der 23-Jährige arbeitet dort unter anderem als Trainer, und unterrichtet andere Studenten zu den Themen Demokratie und Staatskunde. Ich werde mich mit Harry zum einen über sein eigenes Engagement unterhalten – der Großteil unserer Konversation wird sich allerdings um die Hassattacken drehen, denen Harry ausgesetzt war beziehungsweise immer noch ist. Zum besseren Verständnis vielleicht vorab: Harrys Eltern sind Muslime. Harry selbst nicht – er bezeichnet sich als Freigeist, als jemand ohne Religion. Harry hat, wie er selbst sagt, „das Gesicht eines Inders.“ Harry ist Staatsbürger und hat eine ID-Karte (National Registration Card, NRC) – das wird später noch wichtig werden, wenn es um den Umgang mit muslimischen Rohingya im Rakhine-Staat geht. Harry hat auch eine buddhistische Freundin.

Im Juli 2014 gab es Angriffe auf Muslime in Mandalay und der angrenzenden Sagaing-Division. Harry selbst wurde im Januar 2014 Opfer von Hassbotschaften und Telefonterror. Er setzt sich seit langem für ein Miteinander der Religionen ein und betont, dass es auch die Freiheit geben sollte, wie er keiner Religion anzugehören.

„Sie haben mir vorgeworfen, dass ich meine Freundin bekehren will“, erzählt der 23-Jährige. „Sie haben sehr viele Anschuldigungen auf Facebook gepostet. Und sehr viele persönliche Details wo ich wohne, meine NRC-Nummer.“ Danach kamen die Anrufe und Nachrichten, in denen er bedroht wurde. Er sagt, dass burmesische Nationalisten diese Info auf ihrer Facebook-Seite verbreitet hätten. Sie hätten über seine Aktivitäten der letzten drei Monate berichtet – vieles auch komplett aus der Luft gegriffen und so formuliert, um andere zu Hassattacken anzustacheln. „Vieles davon war falsch, zum Beispiel, dass ich mit einem Mädchen an den Strand gegangen wäre oder so ... um dort Sex zu haben.“ Er wurde aufs übelste beschimpft, erzählt Harry. Und: „Ich würde nur als Menschenrechtsaktivist arbeiten, um Mädchen zu bekehren.“

Er wandte sich an Facebook, und Facebook löschte den Post, sagt er. Zur Polizei ging er jedoch nicht. „Wir wissen, sie machen doch nichts“, sagt Harry. „Ich hatte Angst, das ja. Aber wenn ich zur Polizei gehe, dann wäre

es vielleicht an die Medien weitergegeben worden. Und dann wäre das über mich mehr bekannt geworden. Und das wäre nicht gut gewesen.“

Im Juni eskalierte die Lage dann, nachdem in einem Facebook-Post behauptet wurde, dass eine Buddhistin angeblich von einem Muslim vergewaltigt wurde. Ein Mob von 300 Leuten schmiss dann Steine in eine Teestube und griff Geschäfte und Fahrzeuge von Muslimen an. Zwei Männer – ein Buddhist und ein Muslim – starben.

Gleichzeitig verlangten buddhistische Nationalisten, dass es ein Gesetz gibt, das Eheschließungen zwischen Menschen verschiedenen Glaubens verbietet. Damit sollten buddhistische Frauen vor angeblichen Zwangsrekrutierungen geschützt werden. Im September wurde das Gesetz dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt.

„Die nationalistische Bewegung nennt sich Komitee zum Schutz von Rasse und Religion (Committee to Protect Race and Religion) und sie haben von dem Präsidenten ein solches Gesetz gefordert, um die buddhistische Religion zu schützen. Die meisten derjenigen in diesem Komitee sähen gezielt Hass.“ Er rechnet damit, dass die Vorlage Gesetz wird. „Wenn dann jemand eine Buddhistin heiraten möchte, muss er zum Buddhismus konvertieren. Und sie werden ihn testen.“

Dieses Gesetz benachteilige außerdem gezielt ethnische Minderheiten. „Im Kachin-Staat gibt es zum Beispiel Kachin-Christen und Kachin-Buddhisten – dem Gesetz nach dürften sie sich dann nicht mehr mischen. Es ist ein Gesetz, das indirekt ihre Population verringert.“ Das sei auch im Shan-Staat so, fügt er hinzu.

Es ist vor allem das buddhistische 969-Bündnis unter Venerable Wirathu, das den Hass anstachelt. Doch es gibt auch Gerüchte, dass Mitglieder der Regierungspartei USDP die Gewalt befeuern. Im Oktober verhängten die USA Sanktionen gegen U Aung Thaung (USDP), da er „die politische und wirtschaftliche Entwicklung absichtlich unterläuft und Gewalt, Unterdrückung und Korruption weiterführt“, so das Statement des US-Finanzministeriums vom 31. Oktober 2014. Die Konsequenz: Seine US-Konten werden eingefroren und amerikanische Bürger dürfen keinerlei Geschäfte mit ihm machen.

„Die Regierung muss diesen Hass stoppen, denn wir als Zivilgesellschaft haben nichts, keine effektiven Ressourcen, um diese Hassbotschaften zu stoppen. Alles, was wir tun können, ist, interreligiösen Dialog zu fördern, Menschenrechte zu fördern und die Öffentlichkeit über Menschenrechte und Frieden aufzuklären“, sagt Harry. „Aber die Regierung muss gegenüber denen durchgreifen, die Hass sähen, die Kampagnen steuern und die hinter dieser Gewalt stehen. Die diese Gewalt befeuern.“

Doch die Regierung täte nichts, um den Hass einzudämmen. Er hoffe, dass internationaler Druck sie dazu zwingt, etwas zu tun.

Zwar spreche sich die Oppositionspartei NLD und Aung San Suu Kyi gegen diese Menschenrechtsverletzungen aus, aber die Lady war ja selbst mit einem Briten verheiratet. Das heißt, die radikalen Mönche werden sagen, dass sie die Buddhisten nicht liebt und Myanmar ein islamischer Staat werde, sollte sie das Land führen, sagt Harry. Um das zu verhindern, hätten sie ja extra den Paragraph 59 (f) in die Verfassung aufgenommen. Die meisten Bürger glauben, dass dieser Paragraph nur ihr gelte.

„Ich glaube, dass die USDP eine Menge Gewalt und Konflikt möchte, damit es zwischen der nationalistischen Bewegung und den Menschenrechtsaktivisten knallt. Und wenn das passiert – die meisten Menschen in Myanmar sind nicht sehr gebildet und das wird dann Demokraten wie die NLD und andere demokratische Aktivisten weniger attraktiv erscheinen lassen. Und dann können sie leicht in den Wahlen 2015 gewinnen“, sagt Harry. „Und als nächster Schritt, wenn wir dann viel Gewalt und Konflikte haben, können sie sagen, dass das Militär zurück an die Macht kommen soll.“

Harry versucht, Buddhisten und Muslime gemeinsam an einen Tisch zu bekommen, um den interreligiösen Dialog voranzutreiben. Und bei all der Gewalt darf man auch nicht vergessen, dass es durchaus auch Mönche gibt, die aktiv für Frieden werben und sich gegen Gewalt aussprechen. Die Muslime ihre Freunde nennen. Einen werde ich später noch treffen und lange mit ihm sprechen.

16. Monywa: Studenten gegen die Mine

Von Mandalay fahre ich mit einem kleinen Minibus ins wenige Stunden entfernte Monywa. Ich möchte dort Studenten treffen, die gegen die Kupfermine in Letpadaung protestieren. Erste Kontakte hatte ich mir vorher organisiert, und bin dementsprechend überrascht, als ich von einem älteren Herrn in meinem Hotel besucht werde. Nay Thiha stellt sich als der Informations- und Kommunikationsbeauftragte der NLD Sagaing Division vor. Die Studenten werden gleich kommen, sagt er.

Die Erweiterung der Kupfermine hatte Ende 2012 zu Protesten geführt, die die Polizei gewaltsam auflöste. Dabei wurden mindestens 70 Demonstranten verletzt. Viele der Dorfbewohner wurden von ihrem Land vertrieben. Die Mine wird heute von einem myanmarischen Staatsunternehmen gemeinsam mit dem chinesischen Unternehmen Wanbao betrieben. Nach den Ausschreitungen wurde eine Kommission eingesetzt (Vorsitzende war Aung San Suu Kyi), die den Ausbau der Kupfermine und die Ausschrei-

tungen untersuchen sollte. Die Kommission empfahl den weiteren Ausbau unter Berücksichtigung von Umweltstandards und Entschädigungen.

„Einige der Dorfbewohner haben mir gesagt, dass die Firma dreckiges Wasser in den Fluss leitet, und dass sie Fieber bekommen haben, nachdem sie im Fluss geschwommen haben“, sagt Nay Thiha. Er deutet auf seine Haut. „Und sie haben Ausschlag bekommen.“ Darüber hinaus wurden sie von ihrem Land vertrieben. Trotzdem wolle die NLD die Mine nicht stoppen, solange Umweltauflagen beachtet würden und die lokale Bevölkerung Unterstützung in Hinblick auf Bildung und Gesundheit bekäme.

Das sehen die inzwischen eingetroffenen Studenten anders. Hein Zaw Win, 21 und Mitglied der All Burma Federation of Student Unions (ABFSU), betont, dass das Minenprojekt nicht gerecht sei. „Es ist schlecht für Monywa. Das Letpadaung-Projekt ist mit dem Chindwin-Fluss verbunden, und der Fluss ist mit Monywa verbunden.“ Der 21-Jährige hat gerade sein Jura-Studium beendet und wartet auf das Ergebnis. „Wir verlangen, dass das Minenprojekt gestoppt wird. Wir werden alles tun, um es zu stoppen.“ Das sieht auch Thint Htoo Aung, 18, so. Leider können wir wegen mangelnder Sprachkenntnisse auf beiden Seiten recht wenig kommunizieren.

Nach einem ersten Interview in der Hotellobby machen die Studenten und ich uns auf den Weg zur Mine. Eine Freundin der beiden kommt auf einem Motorbike vorgefahren und wir fahren gemeinsam zu einem Bootsanleger. Wir müssen besagten Chindwin-Fluss überqueren. Weiter geht es allerdings nur für die zwei Jungs und mich; das Mädchen bleibt zurück. Den neugierigen Fragen eines älteren Mannes weiche ich gezielt aus und erzähle etwas von den Sehenswürdigkeiten in der Nähe, die ich aus meinem Reiseführer kenne. Nachher wird mir jemand erzählen, dass zu Zeiten der Demonstrationen kein Fremder über den Fluss gelassen wurde – damit auch ja niemand in die Nähe der Mine kommen konnte.

Auf der anderen Seite warten die Jungs und ich zunächst in einer kleinen Teestube. Auf einem Festnetztelefon wird telefoniert – ihre eigenen Mobiltelefone scheinen auch keinen guten Empfang mehr zu haben. „Wir helfen den Dorfbewohnern“, erklärt Hein Zaw Win. Und die Dorfbewohner scheinen die Studenten gut zu kennen.

Nach rund einer halben Stunde kommen weitere Studenten auf Motorbikes hinzu. Wieder wird es so organisiert, dass ich mit einem Mädchen fahren kann. Auf drei Motorrädern fahren jetzt sechs junge Leute der Mine entgegen.

Viel zu sehen ist von außen nicht. In der Ferne sehe ich Bagger und anderes Gerät auf einem riesigen Berg herumfahren. In einiger Entfernung zu den Wachposten halten wir an und ich habe Zeit für ein kurzes Gespräch mit dem jungen Streikführer Thet Naing Oo, 22. „Dieser Berg ist komplett zer-

stört“, sagt er und deutet auf den Berg in der Ferne. Dort wurde schon in den 1980er Jahren Kupfer gefördert. Die Dorfbewohner mussten weichen und wurden 20 Meilen weiter angesiedelt.

Wir fahren weiter in ein vom aktuellen Minenprojekt betroffenes Dorf – anscheinend werden wir dort schon erwartet. Ich werde von einem älteren Mann in seinem Haus begrüßt. An der Wand hängt ein Kalender mit Aung San Suu Kyis Konterfei. Mit dabei ist auch ein Mönch, ein paar andere ältere Männer und vier weitere Studenten und ABFSU-Mitgliedern. Wir reden lange. Es werden Snacks gereicht. Ein Großteil des Gesprächs findet auf Burmesisch statt – ab und zu werden englische Begriffe eingeworfen. Ich vermute, dass dies wie im Deutschen inzwischen geläufige Anglizismen sind. Die Antworten werden von dem angehenden Anwalt Hein Zaw Win übersetzt. Sein Englisch ist nicht großartig, aber gut genug, um sich einigermaßen zu verständigen. Es hilft: Geduld, die Sätze der Anwesenden selbst nochmal in eigenen Worten zusammenfassen und die Reaktion derjenigen, die gerade gesprochen haben, zu beobachten. Denn wie immer gilt: Menschen verstehen passiv viel mehr, als sie aktiv formulieren können. Interessant wird es, wenn es mir um journalistische Präzision geht: Wem wurde etwas versprochen? Soll Geld an alle Dörfer fließen oder nur an ein bestimmtes Dorf? Oder soll Geld an einzelne Dorfbewohner gezahlt werden als Entschädigung? Paid to one village (this village?), several villages or villagers? Ist das Geld versprochen oder bereits gezahlt worden?

Unstrittig ist: Beim ersten Streik im Juli waren 500 Dorfbewohner beteiligt, sagt Thet Naing Oo, 22. Er studiert Mechatronik an der Universität in Monywa und lebt hier im Dorf. Beim nächsten Streik waren es 700 Dorfbewohner. Der Junge, der zunächst recht schüchtern wirkt, kommt während des Gesprächs in Fahrt. Sie haben Angst vor Umweltschäden; vor der Säure, die im Minenprojekt verwendet werden wird. Und sie verlangen Ausgleichszahlungen für Bildung und Gesundheit. Falls die versprochenen Entschädigungen nicht gezahlt würden, würden die Arbeiter im Dezember erneut streiken, so Thet Naing Oo. Und tatsächlich kam es im Dezember erneut zu Demonstrationen, bei der eine Frau getötet und viele weitere verletzt wurden, als die Polizei auf Demonstranten schoss. Im Januar marschierten 300 Protestanten von Monywa zur Mine, um ihre Solidarität mit den Dorfbewohnern zu zeigen, berichtete die Democratic Voice of Burma. Im Februar veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Letpadaung.

17. Lashio: Auch hier Hass gegen Muslime

Von Monywa geht es über Mandalay mit dem Nachtbus nach Lashio im nördlichen Shan-Staat. Nach rund zehn Stunden Fahrt komme ich mitten in der Nacht bzw. in den frühen Morgenstunden an. Im Shan-Staat gibt es immer noch Kämpfe zwischen ethnischen Rebellengruppen und dem Militär.

Nach ein paar wenige Stunden Schlaf treffe ich Gesprächspartner in einem muslimischen Jugendzentrum. Dort haben sich heute verschiedene Gruppen versammelt, um über gemeinsame Ziele zu sprechen. Mit dabei sind Muslime, Christen und Buddhisten.

Yadana Htun, Spitzname Treasure, 28, arbeitet für die Freeland-Organisation sowie das Northern Shan State Youth Network. „Ich habe einen Traum. Dass wir alle zusammen arbeiten, dass wir niemanden diskriminieren. Dass wir alle gleich sind.“ Die Buddhistin, die heute ins muslimische Jugendzentrum gekommen ist, sagt, dass sie hofft, dass das Bildungssystem verbessert wird, dass das Drogenproblem hier gelöst wird und dass endlich Frieden eingeleitet wird. Und sie möchte mehrere Jugendcafés im nördlichen Shan-Staat eröffnen, in dem Jugendliche aller Religionen lernen und zum Beispiel Computerkurse belegen können.

Mon Mon Myint von der Muslim Women Group hofft, dass es 2015 faire Wahlen gibt. Und Pastor Zuk Lum von der Kachin Baptist Church in Lashio wünscht sich Frieden – und Föderalismus.

Und der muslimische Jugendführer Ko Nyi Nyi will, dass die Regierung endlich das Land freigibt, damit sie das Waisenhaus wieder aufbauen können, das im Mai 2013 niedergebrannt wurde. Niemand der Anwesenden möchte sagen, wen sie dafür verantwortlich machen. An dem Tag wurden die Moschee, eine muslimische Schule und das Waisenhaus in Brand gesetzt. Häuser und Geschäfte von Muslimen wurden ebenfalls angegriffen. „Ich hatte ein Geschäft und sie haben es niedergebrannt“, erzählt Geschäftsmann Min Tu. Nach Aussage der Anwesenden ist es nach dem Gesetz rechtens, dass das Land an die Regierung zurückfällt, nachdem das darauf bestehende Gebäude beschädigt wurde. „Wir wollen nur das Land zurück, damit wir das Waisenhaus wieder aufbauen können“, fleht Ko Nyi Nyi. „Wir haben hier so viele Waisen.“ Die muslimischen Jungs haben jetzt kein Zuhause, keine Schule, und müssten sich so durchschlagen, sagt Mon Mon Myint. Mehr als 200 Kinder unter 18 Jahren hätten dort gewohnt. Einige konnten bei Verwandten unterkommen, andere arbeiten nun in Eisenwarengeschäften. „Wir schicken jeden Monat einen Brief an den Präsidenten, aber er antwortet nicht“, sagt Ko Nyi Nyi. „Wir wollen die Schule wieder aufbauen; wir brauchen nur das Land.“ Es gehe nicht um Geld, sagt Mon Mon Myint. „Wir haben das Geld selbst, wir brauchen nur die Erlaubnis.“ Bislang war

nur der Vize-Präsident zu Besuch, der selbst aus Lashio stammt. Aber mehr als warme Worte hatte er für sie auch nicht, sagen sie.

18. Kampf um Gleichberechtigung – Ta‘ang Frauen

Mitten in Lashio, in einem kleinen Hinterhaus, treffe ich De De Poe Jeing, 30, Generalsekretärin der Ta‘ang Women’s Organization (TWO), und ihre Mitstreiterinnen. Sie wollen den Status der Ta‘ang Frauen in der Ta‘ang-Region verbessern – die Ta‘ang leben hauptsächlich im nördlichen Shan-Staat. Laut De De Poe Jeing leben hier schätzungsweise eine Millionen Ta‘ang. TWO bietet Workshops zu Menschenrechten, Frauenrechten und Politik an und geht dafür auch in entlegene Dörfer. „Wir wollen, dass mehr Frauen in der Politik mitmischen, denn in der Vergangenheit waren Frauen nur in der Küche und haben sich um die Kinder gekümmert und wussten sonst nichts. Wir wollen nicht, dass das in der nächsten Generation so bleibt“, sagt De De Poe Jeing. Frauen seien bis heute benachteiligt. „Menschen hier glauben, Frauen müssten Männern untergeordnet sein. In allen Bereichen.“ Das sei vielfach den Traditionen und der Religion geschuldet. Die überwältigende Mehrheit der Ta‘ang gehört dem buddhistischen Glauben an – und dort sind Frauen den Männern nicht gleichgestellt. So dürfen Frauen etwa bestimmten Heiligtümern wie dem Mahamuni-Buddha in Mandalay nicht zu nahe treten und auf keinen Fall Blattgold auf den massiven Klotz kleben. Auch Mönche dürfen Frauen nicht berühren. Generell sollten Frauen niemals höher als Männer sitzen.

„Wir wollen mehr Frauen dazu ermuntern [zu wählen], denn in der Vergangenheit konnten die Menschen ja überhaupt nicht wählen und jetzt wissen sie nicht, wie das geht. Frauen denken oft, dass Politik und wählen gehen nicht ihr Job ist, und wir wollen ihnen erklären, dass das ein Recht für alle ist.“

Für eine Frau sei es nach übereinstimmender Meinung in Ordnung, die Schule abzubrechen, weil sie ohnehin heiraten und dann zum Ehemann ziehen werde. „Wir denken, dass das unfair ist und wollen nicht, dass das hier in unserer Gemeinschaft passiert. Aber das passiert immer noch, in Ortschaften weit weg von der Stadt.“

Die 30-Jährige hat Internationale Beziehungen in Chiang Mai, Thailand studiert. TWO operierte lange Zeit aus dem Exil heraus und kam erst nach 2010 zurück nach Myanmar. Die Organisation setzt sich vor allem gegen Gewalt gegen Frauen ein – Gewalt durch Kämpfe in der Region, aber auch durch häusliche Gewalt durch den Ehepartner. Dazu unterhalten sie auch eine Art Frauenhaus, in dem die Frauen sicher vor Übergriffen sind und Un-

terstützung erhalten. Es sind vor allem drogenabhängige Ehepartner, die gewalttätig werden. TWO gehen deshalb in die Dörfer und informieren sowohl Frauen als auch Männer über Konsequenzen und Hilfen.

Die lokale Bevölkerung leidet aber vor allem unter den Kämpfen zwischen der burmesischen Armee, den Tatmadaw, und der Ta'ang National Liberation Army (TNLA). Im Februar 2015 berichteten lokale Medien von erneuten Gewaltausbrüchen, die weitere Flüchtlingsströme nach Lashio und andere Städte bringen. „Die lokale Bevölkerung fürchtet die Gewalt von beiden Seiten,“ sagt De De Poe Jeing. Sobald sich Soldaten den Dörfern näherten, fliehen die Männer, da sie ansonsten gezwungen seien, sich den Kämpfen anzuschließen, erklärt sie. Die Frauen blieben schutzlos zurück – Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung sei keine Seltenheit. Sie erzählt von niedergebrannten Häusern, Bomben in Schulen. „Wir wollen einen landesweiten Waffenstillstand. Und Föderalismus.“ In der Vergangenheit seien die ethnischen Minderheiten von der Regierung diskriminiert worden. So durften sie nicht ihre eigene Sprache lernen. Außerdem seien die ethnischen Gebiete von Entwicklungsprojekten so gut wie ausgeschlossen. Kommunikation und Transportwesen sei in der bergigen Region ein echtes Problem. Und selbst wenn kleinere Projekte gefördert werden, fresse die Korruption ein Großteil davon auf. „Den Wandel gibt es doch nur in Yangon und Mandalay und Nay Pyi Taw. Aber nicht in den ländlichen Gegenden und den ethnischen Gebieten. Die Kämpfe gehen doch immer noch weiter,“ sagt De De Poe Jeing. „Wir fühlen uns nicht sicher.“ Wichtig sei ein echter politischer Dialog.

Bis es soweit ist, versuchen die Frauen, den Flüchtlingen so gut es geht zu helfen. Sie unterhalten zwei Camps in Kutkai, das etwa zwei Stunden von der Grenzstadt Muse entfernt ist, ein Camp in Mantong und ein weiteres in Namkhan.

TWO hat 30 Vollzeitkräfte und 15, die in Teilzeit vor Ort in den Dörfern arbeiten. Geld für die Projekte bekommen sie von Organisationen wie der amerikanischen gemeinnützigen Organisation National Endowment for Democracy (NED) und der Open Society Foundation (OSF) und Spenden von reicheren Gemeinschaftsmitgliedern.

Der politische Unterricht von Frauen stößt nicht überall auf Gegenliebe. Das Projekt ist relativ neu, denn vor 2010 wäre so etwas undenkbar gewesen, erzählt die Generalsekretärin. Und auch heute hat die Geheimpolizei immer noch ein Auge auf die Gruppe. Woher sie wisse, dass das in der Tat die Geheimpolizei sei? Nun, erklärt sie, sie haben sich ja vorgestellt bei unseren Events. Und dann stellen sie einige Fragen. Das sei durchaus als Form der Einschüchterung zu verstehen.

Auch Aung San Suu Kyi ist hier nicht die schillernde Hoffungsfigur. „Wir denken nicht, dass sie eine Feministin ist. Sie ist Politikerin. Sie ist eher auf ihre Partei konzentriert. Und seitdem sie im Parlament sitzt, ist sie zu beschäftigt, um hierherzukommen.“ Aber sie sei eine demokratische Führungspersönlichkeit und Menschen vergötterten sie, insofern könnte sie der jungen Generation durchaus als Beispiel dienen. De De Poe Jeing sagt, dass sich die Situation der Frauen in der Region schon verbessert habe, aber dass es noch ein weiter Weg sei bis zur Gleichberechtigung.

19. Ta'ang Studenten: Wo bleibt der Frieden?

„Die Gegend um die chinesisch-burmesische Grenze herum ist die gefährlichste Gegend hier. Wir können sagen, dass die Menschen dort nicht mit Würde behandelt werden. Der Mensch ist dort ein Ding, eine Ware, die man verkaufen kann“, sagt Mai Thein Zaw, der das Büro der Ta'ang Students and Youth Organization (TSYU) in Lashio im nördlichen Shan-Staat leitet. Er erzählt von Entführungen, Menschenhandel, Drogenmissbrauch. Und dann leidet die Bevölkerung unter immer wieder aufkeimenden Kämpfen zwischen ethnischen Widerstandskämpfern und der Regierungarmee. Mai Cyruk, 27, Mitglied der TSYU-Führung, bemüht sich, die verschleppten Frauen vor der Ausreise nach China zurückzuholen. Er ist Teil des Rechtshilfe-Teams – sein juristisches Wissen hat er zwei Jahre lang im thailändischen Mae Sot von burmesischen sowie internationalen Anwälten gelernt. „Viele der Frauen werden mit falschen Versprechen gelockt – ‚Wir werden einen Job für dich finden, damit du Geld für deine Familie machen kannst‘, aber dann bringen sie sie nach China, wo sie dann als Sklaven arbeiten – als Sexarbeiter oder Hausmädchen“, sagt Mai Cyruk. Von Lashio bis nach Muse an die chinesische Grenze sind es rund fünf Stunden im Auto, das heißt, er muss schnell reagieren. „Manchmal bringen sie sie aber nicht gleich dorthin, sondern überreden sie erst noch.“ Die meisten Opfer seien ungebildete Frauen aus ländlichen Gegenden. Sobald die Familien ihn kontaktieren, spreche er mit der Polizei, die dann nach der Frau suchen und Autos an der Grenze anhalten können. So habe er schon zwei Frauen vor einem dubiosen Schicksal in China retten können. Sobald sie in China seien, könnte er nichts mehr tun, sondern sich lediglich an chinesische Menschenrechtsaktivisten wenden.

Die Ta'ang Students and Youth Organization existiert als loses Netzwerk von 16 Gemeinden seit 2008; so richtig organisiert hat sich die Gruppe allerdings erst ab 2012, erzählt TSYU-Generalsekretärin Lway Hlar Reang, 25. „Unsere Mission ist, für Demokratie und Geschlechtergleichheit einzutreten

und die Ta'ang-Gemeinschaft zu entwickeln und für gleiche Rechte der ethnischen Gruppen zu sorgen.“ Die Organisation hat vier Ziele identifiziert: Frieden und Gerechtigkeit in der Ta'ang-Region, Förderung der Ta'ang-Jugend im Hinblick auf Führungsrollen sowohl in TSYU als auch in ihrer Gemeinschaft, Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Demokratieförderung nicht nur in der Ta'ang-Region, sondern im ganzen Land. Ta'ang ist der Begriff, den die Gruppe für sich selbst nutzt; Palaung ist der burmesische Begriff, erklärt Lway Hlar Reang.

In der Region flammt bis heute immer wieder Gewalt auf. „Es gibt keine Kämpfe in Lashio selbst, aber außerhalb der Stadt. In Mantong, in Namkhan [nahe der Grenzstadt Muse] und Namshan wird immer noch gekämpft“, sagt Lway Hlar Reang. „Ich komme aus Namkhan. Meine Familie ist immer noch in Namkhan.“ Zwar werde dort nicht permanent gekämpft, aber die Familie ist besorgt. Sie leben hoch oben in den Bergen. Sie selbst hat die Schule nur bis zur zehnten Klasse besucht und danach abgebrochen. Für die Hochschulreife hätte sie die elfte Klasse besuchen müssen. „Aber ich habe noch zwei jüngere Brüder und zwei jüngere Schwestern. Sie waren 2006 auch alle in der Schule, aber meine Eltern konnten das alles nicht bezahlen. Also habe ich mich dazu entschlossen, die Schule abzubrechen, damit meine Geschwister weitermachen konnten.“ Damals ging sie wie viele andere Aktivisten nach Mae Sot und studierte dort für sechs Monate – unter anderem Englisch.

Jetzt lebt und arbeitet sie im TSYU-Büro. Die meisten der Mitarbeiter hier sind Freiwillige. Dafür gibt es freie Unterkunft, Mahlzeiten und ein bisschen Taschengeld. „Ich mache mir schon Sorgen, dass meine Geschwister die Schule abbrechen – so wie ich.“

Neben Training für die Ta'ang Jugend – etwa zu Menschenrechten, Politik und Demokratieverständnis – kümmert sich TSYU auch um Umweltfragen und Bildung. Finanziert werden sie über Spenden und Budgets von internationalen NGOs. Für Kinder aus den Konfliktgebieten haben sie eine Unterkunft und Schule gebaut. Außerdem sorgen sie dafür, dass die eigene Ta'ang-Kultur nicht ausstirbt - „wir hatten früher nicht die Möglichkeit, unsere eigene Literatur in der Schule oder außerhalb zu lernen“, so Lway Hlar Reang. In den letzten zwei, drei Jahren lernten die jungen Leute die Sprache aber wieder. Und dann dokumentieren sie noch Menschenrechtsverletzungen und führen ihre eigene Volkszählung durch, um den Zahlen der Regierung etwas entgegen setzen zu können. Bei solchen Datensammlungen oder der Sprache kooperieren sie auch mit der Ta'ang Women's Organization.

Im Nebenraum tummeln sich unterdessen viele Studenten; der Duft nach Essen zieht durch die Räume. In dem kleinen Besprechungszimmer hängt neben einer weißen Tafel und einer Landkarte auch ein Foto von Aung San

Suu Kyi. „Sie ist eine der Führer, die ich respektiere“, sagt Lway Hlar Reang, auf das Foto angesprochen. Macht sie denn genug für die Minderheiten im Land? „Nein, nicht wirklich“, schüttelt Lway Hlar Reang den Kopf. „Sie folgt nur dem, woran die Regierung gerade arbeitet. Sie hat vergessen, sich um die Kinder zu kümmern, die nicht in Städten leben. Vielleicht kümmert sie sich um die Leute in Nay Pyi Taw oder Yangon.“ Die Leute in den ethnischen Gebieten habe sie vergessen. Lway Hlar Reang glaubt auch nicht, dass die Wahlen 2015 etwas daran ändern könnten. „Wir hatten schon nach den Wahlen 2010 oder den Nachwahlen 2012 gehofft, dass sich etwas ändern würde, aber alles, was wir sehen, ist Wandel in den Städten.“ Hier in der Region werde immer noch gekämpft. „Die Menschen sind auf der Flucht und können nicht in ihre Heimat zurück.“ 2010 hätten die Generäle doch nur ihre Kleidung gewechselt, aber nicht das System.

„Nur wenn wir freie und faire Wahlen in 2015 haben, können wir echte Verhandlungen zwischen den ethnischen Gruppen und der Regierung haben und über echten Föderalismus für Myanmar sprechen“, sagt Mai Cyruk. Um freie und faire Wahlen zu haben, müsste vorher aber die Verfassung von 2008 geändert werden, doch das sei sehr sehr schwer.

„Wir wollen echten Wandel und echte Demokratie für alle Menschen. Auch für Menschen in ländlichen Gebieten, in ethnischen Regionen“, fordert Lway Hlar Reang. „Wir wollen keine Kämpfe mehr. Wir haben unsere Familie verloren, unser Land, unsere Ressourcen in unserem Gebiet. Wir wollen keine Menschenrechtsverletzungen mehr.“ Es sei Zeit für echten Frieden, und nicht nur Friedensversprechungen.

20. Die Schule mitten im Nichts

Es ist stockdunkel und das Motorrad kommt nur schwer voran. Der 27-jährige Mai Phone Sold Dang fährt über staubige, enge Feldwege; unsere einzige Lichtquelle ist die kleine Motorradlampe. Der Tag war lang und anstrengend – insgesamt habe ich bestimmt über zehn Einzelinterviews geführt und mir verschiedene Orte zeigen lassen. Nun möchte ich unbedingt noch die Schule bzw. Unterkunft der Ta'ang Students and Youth Organization (TSYU) sehen, von der die Studenten gesprochen haben. Morgen früh verlasse ich Lashio im Shan-Staat schon wieder, um nach diesmal hoffentlich nur rund sieben Stunden Fahrt (mit einem Sammeltaxi) in Mandalay in einen Zug nach Myitkyina im Norden zu steigen. Doch je länger die Fahrt auf dem Motorrad dauert, desto skeptischer werde ich. Ringsherum nur Felder – wo bitte ist die Schule?

Doch tatsächlich – nach ein paar weiteren Kurven begrüßt uns das Schild mit burmesischen Schriftzeichen und dem englischen Zusatz Ta'ang Education Center. Und dann höre ich die Kinder. Hunderte Kinderstimmen rezipieren Texte, üben die richtige Aussprache, memorieren Wissen. Ein paar sitzen still und machen Hausaufgaben, die meisten jedoch murmeln laut vor sich hin. Schulleiter Mai Tin Aung, den ich eben schon kurz im TSYU-Büro getroffen habe, begrüßt mich und führt mich herum. Hier leben 170 Kinder im Alter von neun bis 17 Jahren; davon sind 122 Mädchen. Er zeigt die getrennten Schlafsäle der Schüler – „es sieht hier aus wie in einem Flüchtlingscamp, stimmt's?“ Auf dem Boden liegen Matten und Decken, an aufgespannten Schnüren hängt Kleidung. An den Wänden hängen Ventilatoren, die jetzt allerdings nicht in Betrieb sind. Hier oben in den Bergen wird es abends recht kühl. Ein Mädchen wühlt in ihren wenigen Habseligkeiten. Die Konstruktion des Gebäudes ist mit Ziegelsteinen und einem vernünftigen Dach sehr stabil. „Wir haben gerade eine Spende von Mönchen aus Mandalay bekommen, die uns Decken geschickt haben“, sagt Mai Tin Aung. „Die werden wir morgen verteilen.“

Die Schlafsäle mussten mangels Zeitnot recht schnell gebaut werden, erzählen die zwei. Mit Spenden aus der Gemeinschaft beauftragten sie Arbeiter, mit denen sie das Gebäude gemeinsam innerhalb von zwei Wochen errichteten. 2013 hatte die Studentenorganisation noch externe Räume angemietet, um die Flüchtlingskinder unterzubringen, doch das war auf Dauer zu teuer. Für das 2014 Schuljahr bauten sie dann ihre eigene Unterkunft. „Anfangs sagten die Eltern der Kinder noch, dass Studenten sich nicht um jüngere Schüler kümmern könnten. Sie waren sehr skeptisch. Aber nach einem Jahr haben sie ihre Meinung geändert“, sagt Mai Tin Aung nicht ohne Stolz. Nicht alle Eltern können die Gebühren bezahlen – dann springt TSYU ein oder bemüht sich um Spenden, damit die Schüler trotzdem kommen können.

Schulleiter Mai Tin Aung ist Absolvent der Technological University in Hindatha im Ayeyarwady-Delta und kam 2013 nach Lashio. Geboren und aufgewachsen ist er in einem Dorf im Kutkai-Bezirk. „Ich möchte Licht in die Herzen der Schüler bringen“, sagt er. In seinem Büro stehen ein buddhistischer Schrein und Säcke voller Seifenpulver. „Eine weitere Spende aus Muse [Grenzstadt an der burmesisch-chinesischen Grenze].“ Hier hält Mai Tin Aung Besprechungen mit seinen Schülern, Besuchern oder der Krankenschwester – er schläft in einem kleinen Separee.

In den Klassenräumen nebenan lernen die Schüler in verschiedenen Klassen selbstständig. Die staatlichen Schulen gelten allgemein als schlecht, sodass Schüler, die die staatliche Abschlussprüfung (und damit Zugang zum Studium) bestehen wollen, sich Wissen außerhalb der Schulen aneignen

müssen. Letztes Jahr haben sieben von 19 Schülern den Test bestanden, sagt Mai Tin Aung – eine Erfolgsquote von fast 37 Prozent. „Damit sind wir besser als die staatliche Schule, die nur eine Erfolgsquote von 31,6 Prozent hatte.“ Ein ehemaliger Schüler kommt regelmäßig und unterrichtet hier nun selbst.

Im Fall der Ta‘ang lernen die Schüler darüber hinaus ihre eigene, lokale Sprache. Im Elternhaus haben sie es meist sprechen gelernt, aber sie können die Sprache nicht lesen oder schreiben. Auch Englisch steht hier mit auf dem Lehrplan – und die TSYU-Studenten versuchen durchaus, dass die Kinder beim Lernen so viel Spaß wie möglich haben. Ein großer Hit: Man nehme die Melodie eines traditionellen Volkslied der Ta‘ang und ein englisches Gedicht – fertig ist ein englischer Song. Mai Phone Sold Dang fragt die Schüler, welchen Song sie für mich singen wollen – und auf einmal drängen sich auch Schüler in den Klassenraum, die vorher ganz woanders gelernt haben. „Ja, die wollen alle mitsingen“, freut sich Mai Phone Sold Dang. Später, draußen vor den offenen Klassenräumen, werden wir noch eine improvisierte englische Konversationsstunde abhalten – mit Freiwilligen, die anfangs doch recht stark von den Lehrern ermutigt werden müssen. Auch wenn die Studenten sich bemühen, Unterricht interaktiver zu gestalten, sind viele der Schüler doch recht schüchtern und eher gewohnt, das zu wiederholen, was der Lehrer vorne am Pult sagt.

Der Tagesablauf ist strikt geregelt – Aufstehen um 4.30 Uhr, Zeit zum Frühstück, Lernen und um „Buddha Respekt zu erweisen.“ Dann ein kurzer Fußmarsch von rund 15 Minuten zu den staatlichen Schulen – dort Unterricht von neun bis 15 Uhr. Gegen halb vier kehren sie zurück und haben ein wenig Freizeit; nach dem Abendessen lernen sie nochmal von etwa 19 bis 22.30 Uhr. „Bildung ist Macht“, sagt Mai Phone Sold Dang.

21. Kachin State Youth Network: Föderalismus und Rechte für alle!

Von Lashio geht es mit einem Sammeltaxi nach Mandalay (sieben Stunden, inklusive Radwechsel auf dem Weg) und dann mit einem sehr verspäteten Zug über 24 Stunden nach Myitkyina, der Hauptstadt im Kachin-Staat. Die erste Zeit verbringe ich damit, mir eine Unterkunft für die Nacht zu suchen, denn zum ersten Mal hatte ich nicht zumindest vorher angerufen, um mir ein Zimmer zu reservieren. Die letzten anderthalb Tage war ich schließlich nur unterwegs und von Kommunikationsmitteln so gut wie abgeschnitten. Mein Handy funktionierte nur beim Umsteigen in Mandalay. Jedenfalls gestaltete sich die Suche nach einer Unterkunft durchaus schwierig, denn entweder waren die Hotels ausgebucht oder nicht für ausländische Gäste

vorgesehen. Schlussendlich bin ich dann noch für eine Nacht in einem Hotel untergekommen, das allerdings so furchtbar war, dass ich am nächsten Morgen gleich nochmal alle umliegenden Unterkünfte abgeklappert habe, um da wieder wegzukommen. Beim Einchecken gab es bei Hotel Nummer eins übrigens ein Papier, auf dem auf Burmesisch, Englisch und Chinesisch notiert ist, welche Gebiete man auf keinen Fall besuchen darf. Im nächsten Hotel gab es die gleiche Info dann nur als Wandtafel. Die meisten Kachin sind Christen. Die Recherche stellte sich hier auch zunächst als Herausforderung dar, denn Internet gibt es hier nur zu bestimmten „Internet-Servicezeiten“ am Morgen und Abend. Theoretisch jedenfalls. In der Realität musste ich meistens jemanden an der Rezeption erinnern, den Router überhaupt einmal einzuschalten. Dann dauerte es eine Weile, bis eine Verbindung stand. Und manchmal klappte es auch gar nicht, weil die Internetverbindung auf dem Weg schon irgendwo behindert wurde. Telefongespräche waren wieder nur über die Rezeption möglich. Die jungen Mitarbeiter an der Rezeption waren jedoch sehr freundlich und halfen mir letztendlich auch, meinen Rückflug nach Yangon zu organisieren.

Nach einer Weile habe ich auch in Bezug auf die Recherche Erfolg und verabrede mich mit Roi Ji Lasi, 23, die Mitglied im Naushawng Education Network sowie im Kachin State Youth Network ist, sowie Hang Kum Lum Zawng, 26, ein Jurist und Generalsekretär des Kachin State Youth Network. Darüber hinaus ist er aber auch in diversen Gruppen mit anderen Anwälten und Menschenrechtsaktivisten involviert. Das Kachin State Youth Network wurde erst vor rund einem Jahr gegründet und arbeitet mit über zehn anderen ethnischen Jugendgruppen zusammen. „Unser Ziel ist eine friedliche Gesellschaft mit einer ganzheitlichen Entwicklung. Wir wollen nicht, dass jemand eine andere ethnische Gruppe hasst.“

Wichtig sei vor allem Wissen und Bildung, betonen die beiden, wie schon viele andere Studenten vor ihnen. „Unser Bildungssystem ist so schlecht. Deshalb gehen viele ins Ausland und studieren da“, sagt Roi Ji Lasi. Beide haben auch in Thailand studiert. „Es sind jetzt fast vier Jahre und Mister Thein Sein, also U Thein Seins Regierung hat den Wechsel zur Demokratie versprochen, aber wir sehen hier keinen Wechsel hin zur Demokratie. Sie haben nur ihre Klamotten gewechselt, verstehst du? Deshalb ist unser Wissen, unsere Bildung, unser Zugang zu Bibliotheken oder zum Internet, zu Medien, abgeschottet. Wir haben den Sichtschutz im Kachin-Staat heruntergezogen, deshalb ist unser Ziel für die Entwicklung der Jugend: Mehr Wissen!“

Die Regierung sei die treibende Kraft der Konflikte in den ethnischen Gebieten. „2011 startete das Militär eine Militäroffensive im Kachin-Staat – seit fast vier Jahren jetzt. Wir haben jetzt hier fast eine Millionen IDPs.“

Auch er betont, dass es wichtig sei, die Verfassung zu ändern. Alle ethnischen Gruppen kämpften dafür. „Wir haben keine juristisch verbrieften Rechte. Wir können sagen, dass wir keine Menschenrechte haben, kein Recht auf Selbstbestimmung.“ Im Kachin-Staat beute die Zentralregierung die Ressourcen wie Gold oder Jade aus. „Wir profitieren davon nicht“, sagt er. „Sie nehmen nur unsere Ressourcen, aber sie investieren nicht in Bildung, in die Gesundheitsversorgung.“

Die junge Generation sollte zusammen an der Zukunft arbeiten. An einer Zukunft mit Föderalismus und gleichen Rechten für alle. Doch er macht sich keine Illusionen: „Myanmars Militär, Myanmars Regierung, sie wollen die Verfassung von 2008 nicht ändern, weil sie für sie günstig ist.“

„Hier hat sich nichts geändert“, sagt er. Das sei nur Schönfärberei. Jeder Staat, jede Division habe mit großen Problemen zu kämpfen – Bürgerkrieg, ethnische Spannungen, Landkonflikte ... Es sei Zeit, dass die ethnischen Gruppen sich mit zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der 1988er-Generation zusammensetzen und dann zusammenarbeiten, um das Land zu verändern. Im Parlament könne man ohnehin nichts ändern – das müsse außerhalb des Parlaments geschehen. Andererseits sagt er auch, dass einige Akademiker vor dem Risiko warnen, wenn die Gesellschaft offen auf der Straße protestiert und Wandel verlangt – das Militär könnte sich wieder die Macht greifen. „Aber wir sollten bei unserem Plan bleiben!“

Aung San Suu Kyi versuche seit zwei, fast drei Jahren, im Parlament etwas zu ändern. Sie sollte langsam mal verstehen, dass das Militär sich nicht ändern will. Hang Kum Lum Zawng sagt, dass die meisten Leute im Kachin-Staat geschockt waren, als sie ins Parlament eingezogen ist. „Sie arbeitet jetzt mit dem Militär zusammen, fragten sie?“

Außerdem werde Aung San Suu Kyi dafür kritisiert, dass sie nicht offen die Menschenrechtsverletzungen im Kachin-Staat und anderswo, etwa im Rakhine-Staat, anspreche. In Myitkyina selbst ist es ruhig, aber in den Gegenden, wo Jade abgebaut wird, etwa in Hpakan, oder um Laiza an der chinesischen Grenze, das von der Kachin Independence Army kontrolliert wird, wird gekämpft.

„Sie hat den Friedensnobelpreis bekommen. Sie sollte ein Statement abgeben“, fordert er. Die Menschen seien enttäuscht von Aung San Suu Kyi. Er glaubt auch, dass die Entscheidung, sie zur Vorsitzenden der Untersuchungskommission der umstrittenen Monywa-Mine zu machen, ein Trick der Regierung gewesen sei, ihre Popularität zu drücken.

22. Im Flüchtlingscamp in Myitkyina

Kurz vor meiner Abreise aus Myitkyina habe ich noch die Gelegenheit, ein Flüchtlingscamp zu besuchen, das die Kachin Baptist Church (KBC) betreibt. Herumführen wird mich die 28-jährige Hparat Hkawnm, deren Englisch wirklich exzellent ist. Auch sie hat zumindest für eine Weile im Ausland studiert. Sie arbeitet für ihren Vater, der hier Pastor ist. In dem Camp, das wir besuchen, leben rund 900 Menschen, erzählt sie. Während wir dort am späten Vormittag zu Besuch sind, ist es recht leer. „Die meisten sind arbeiten, arbeiten Teilzeit auf einer Baustelle. Sie können nicht nur von Spenden allein leben“, erklärt sie. Die Kirche stelle Nahrungsmittel und Unterkunft bereit, aber was darüber hinausgehe, verdienen die Menschen selbst. Die meisten hier leben seit dem Ausbruch der Kämpfe im Juni 2011 im Camp. Das Camp hier ist nur eins von vielen Camps, die KBC unterhält. Einige der anderen Flüchtlingsunterkünfte sind an der Grenze zu China oder in KIO-kontrollierten Gebieten. Andere sind im Dschungel. Insgesamt leben mehr als 100.000 Binnenflüchtlinge in den Camps.

Der Kachin-Staat – wie viele andere Regionen, in denen ethnische Minderheiten leben – hinkt in der Entwicklung stark hinterher. „Wir haben erst seit 2009 Strom. Ich bin ohne Elektrizität aufgewachsen“, erzählt die heutige 28-Jährige. Eine Firma der Kachin Independence Organization (der bewaffnete Flügel ist die Kachin Independence Army) liefert seit ein paar Jahren Strom in die Region. Dafür müsse die Firma allerdings auch die Militärcamps umsonst mit Strom versorgen.

Früher konnten nur reichere Leute für ein paar Stunden einen Generator laufen lassen. Nachbarn konnten dann den Strom dort gegen Gebühr nutzen. Aber Diesel war zu der Zeit sehr teuer, betont sie. „Wenn man den Zug nimmt und durch die Sagaing-Division und durch den Kachin-Staat fährt, sieht man, dass in Sagaing in jedem kleinen Haus eine kleine Glühbirne brennt. Aber sobald man in den Kachin-Staat fährt, ist es total dunkel.“ Heutzutage hat zumindest Myitkyina Strom. Doch Elektrizität erreicht noch längst nicht alle im Kachin-Staat.

23. Myitkyina – Yangon

Mir läuft so langsam aber sicher die Zeit davon. Um noch in den Rakhine-Staat zu kommen, muss ich zunächst nach Yangon fliegen und von dort aus einen Flug nach Sittwe buchen. Als ich Myitkyina verlassen will, stelle ich auf dem sehr kleinen Flughafen fest, dass manche Dinge sehr genau ge-

nommen werden – und andere gar nicht. Mein großer Rucksack wird durchleuchtet; mein Handgepäck bekommt einfach so einen Sticker aufgeklebt. Ein sichtlich irritierter Beamter des Immigration Checkpoints fragt mich freundlich, wann ich denn nach Myitkyina eingereist sei. Er zeigt auf das Buch, in dem er mich anscheinend nicht finden kann. Oh, ich bin mit dem Zug gekommen, sage ich. Aus Mandalay. Mit dem Zug? Er lacht. Mit der Aussage ist er zufrieden und lässt mich passieren. Es wird genau dokumentiert, wer wo einreist und wie lange er bleibt.

24. Bei den muslimischen Rohingya in Sittwe

Nach kurzem Aufenthalt in Yangon, in dem ich mit funktionierendem Internet und halbwegs zuverlässigem Handynet die nächsten Schritte planen kann, fliege ich weiter nach Sittwe. Auch hier wird genau Buch geführt, wer ein- und ausreist. Im Rakhine-Staat leben muslimische Rohingyas, die die Regierung nicht als Staatsbürger anerkennt, sondern als „Bengalis“ – als Einwanderer von Bangladesch – abschreibt. 1982 wurde ihnen unter General Ne Win die Staatsbürgerschaft aberkannt. Im Juni 2012 brach hier Gewalt zwischen der buddhistischen Rakhine-Bevölkerung und muslimischen Rohingyas aus. Mehrere Hundert starben dabei und Zehntausende wurden vertrieben. In Sittwe brannten extremistische Rakhine und Mönche ganze muslimische Wohngegenden nieder. Die Bewohner leben nun in ghettoartigen Flüchtlingscamps außerhalb Sittwes, die sie nicht verlassen dürfen. Um das Camp zu verlassen, brauchen sie spezielle Genehmigungen, die sie sich teuer erkaufen müssen. In Sittwe gibt es noch ein muslimisches Viertel, Aung Mingalar, das mit Stacheldraht abgezaunt ist und von Polizisten bewacht wird.

Ich treffe Muhammad Sa-eed, 29, in dem Camp, das er nicht verlassen darf. Er erzählt, dass er vor der Gewalt 2012 mit seiner Familie in der Stadt gewohnt hat. „Es passierte am 12. Juni um kurz vor eins. Extremistische Rakhine-Bewohner und Mönche griffen unsere Häuser an und die Polizei half dabei“, erzählt Muhammad Sa-eed. „Ich habe gesehen, wie die Polizei in mein Haus geschossen hat, damit niemand die Flammen austreten kann. Meine Familie hat noch versucht, das Feuer zu löschen, aber als die Polizei auf uns schoss, sind wir weggerannt.“ Erst als die Soldaten kamen und drohten, jeden zu erschießen, der sich nach draußen wagte, hörten die Angriffe auf. „Sie kamen gegen fünf Uhr. Bis dahin war unser Viertel schon komplett niedergebrannt.“

Seitdem lebt er in dem Flüchtlingscamp, das muslimische Rohingyas nicht verlassen dürfen. Bald muss er mit seiner Frau nach Yangon, ins Kran-

kenhaus. Sie erwarten ein Baby. „Wir müssen eine große Summe Bestechungsgeld zahlen. Ungefähr Tausend US-Dollar für eine Person, damit wir für 45 Tage hier weg können. Wir müssen zwei Zeugen benennen, die für uns ins Gefängnis gehen, wenn wir nicht zurückkehren. Für zwei Leute gibt es einen Discount – meine Frau und ich mussten 1.500 US-Dollar zahlen.“ Der 29-Jährige erzählt ruhig weiter. „Hier gibt es keine Regeln oder Gesetze für uns. Sie machen, was immer sie wollen.“

Vor der Gewalt wurde die muslimische Rohingya-Minderheit auch schon massiv diskriminiert – etwa bei der Wahl der Studienfächer. „Ich habe in Sittwe Geographie studiert. Jura oder Medizin war uns verboten. Dazu brauchte man die NRC. Sie wissen, dass wir die nicht haben. Sie haben uns die ja nicht gegeben.“ Auch Computerkurse oder englische Konversationskurse waren tabu. „Das war, um uns kleinzuhalten. Sie wollten nicht, dass wir Bildung und Erfahrung haben.“ Englisch brachte er sich dann selbst bei – mit Büchern und über englischsprachige Radioprogramme. Vor 2012 konnten sie sich in Sittwe frei bewegen; nicht aber zwischen den Städten. Dafür brauchten sie ebenfalls eine Genehmigung, die sich die Autoritäten wieder entsprechend bezahlen ließen. „Es kostet ungefähr 45.000 oder 50.000 Kyat (rund 45 bzw. 50 US-Dollar).“

Muhammed Sa-eed erzählt, dass er sein Studium zwar erfolgreich abgeschlossen habe, er aber immer noch auf sein Zertifikat warte. Denn auf einmal musste er auch hier eine ID-Karte vorweisen – und als er dann versuchte, zumindest die weiße Karte, die ihn als Bengali bezeichnet, zu bekommen, stellte sich die Immigrationsbehörde quer, sagt er. Dort wurde er als „Kala“ beschimpft, also als Ausländer, und wieso er sein Anliegen nicht auf Englisch vortragen könnte. Als er das dann überraschenderweise konnte, wäre der Beamte sehr ungehalten geworden, erzählt Muhammad Sa-eed. Als er dann aufgefordert wurde, seinen Bart abzuschneiden, sei er gegangen. Er arbeitet inzwischen für eine NGO, die sich um Hygienefragen im Camp kümmert.

„Die Rakhine-Gemeinde hat schon immer auf uns heruntergeschaut. Uns als Kala beschimpft“, erzählt er. „Das ist aber auch die Schuld der Regierung, die sich nicht um Versöhnung kümmert. Die Regierung beschuldigt immer die muslimische Gemeinde.“

Die Gewalt brach 2012 aus, weil Gerüchte die Runde machten, dass eine buddhistische Frau von drei unbekanntem Männern vergewaltigt und dann brutal umgebracht wurde. Und das wäre dann den Muslimen untergeschoben worden, sagt Muhammed Sa-eed. Auf dem Weg von Thandwe nach Yangon wurden anschließend zehn muslimische Religionsführer getötet. Und als Muslime sich an einem Freitag zu einem Gebet für die Führer trafen,

wurden sie beschuldigt, sich versammelt zu haben, um Gewalt auszuüben, erzählt er weiter.

„Wir sind hoffnungslos, weil unsere Regierung nichts tut, um die zwei Gruppen zu versöhnen. Die Regierung könnte die Situation entschärfen. Aber es ist die gleiche Regierung, die uns zu Bengalis abstempeln will, die uns aus dem Land schmeißen will.“ Seine Hoffnung für die Zukunft liege in den Händen der UN und der internationalen Gemeinschaft. Er hofft, dass die UN, die EU Druck ausüben und die Situation genau beobachten.

Ein paar Tage vorher waren in Sittwe allerdings wieder viele Menschen auf die Straße gegangen, um gegen Ban Ki-moons Aussage zur Menschenrechtslage der Rohingya-Bevölkerung zu protestieren. Ban Ki-moon habe kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Myanmars einzumischen. Und überhaupt seien sie nicht Rohingyas, sondern Bengalis, so die Demonstranten. „Ja, das macht mir Sorgen. Das ist die Politik der Regierung. Die Regierung steckt dahinter. Die Protestierenden bekommen doch Hilfe von der Regierung. Die radikale 969-Bewegung bekommt Hilfe von der Regierung. Deshalb können sie Moscheen zerstören. Von denen ist noch niemand verhaftet worden!“

Muhammed Sa-eed blickt auch auf die Lage in anderen Staaten. „Ich glaube, sie wollen keinen Islam im Land. Die Christen im Kachin-Staat werden auch diskriminiert. Da werden bis heute Kachin-Frauen von Regierungstruppen vergewaltigt.“

Und die Demonstranten, die gegen Rohingyas protestierten, hätten die Erlaubnis dazu ja von der Regierung im Rakhine-Staat bekommen. Und die könne nichts ohne Zustimmung aus Nay Pyi Taw tun. Die Zukunft für Muslime hier sehe also düster aus.

EXKURS – Abschottung von Muslimen

Akt 1

Ich versuche in meinem Hotel in Mrauk U ein paar Anrufe zu tätigen, um Kontakte in der Stadt zu bekommen. Ein paar Namen hatte ich schon, aber die meisten leben in Yangon. Ich bekomme einige weitere Telefonnummern, die ich von der Rezeption aus anrufe. Mein Mobiltelefon streikt im gesamten Rakhine-Staat. An der Rezeption sind außer mir keine weiteren Gäste. Nur die Hotelangestellten schauen eifrig zu und wählen die Nummern, die ich ihnen reiche. Ich bin vorsichtig, was ich am Telefon sage. Weder erwähne ich, dass ich Journalistin bin, noch dass ich ins muslimische Rohingya-Dorf reisen möchte. Doch als ein Gesprächspartner mehrmals das Wort „Rohingya“ verwendet, ist auf einmal die Leitung tot. Am Stromaus-

fall kann es nicht gelegen haben, denn Strom hatten wir schon vorher nicht. Zufall?

Akt 2

Ich weiche in ein Restaurant aus und nutze dort zwei verschiedene Mobiltelefone, um meinen Kontakt im Dorf zu erreichen. Der Kontakt in Yangon hatte gesagt, sie sollten mich in der Stadt abholen, da es zu unsicher sei, für mich alleine dort hinzufahren. Ich zweifelte eher daran, dass mich jemand von der Stadt ins muslimische Dorf fahren wollen wird. Die zwei Leute am Telefon im Dorf hingegen sagen, sie könnten nicht nach Mrauk U kommen – später werden sie auch explizit sagen, wieso: „Sie werden uns in der Stadt töten.“ Drei der Anwesenden führen ihre Hände an die Kehle. Sie werden aber am Highway warten, versprechen sie.

Ich weiß inzwischen den Namen des Dorfes und probe mehrmals die Aussprache. Nun muss ich nur noch einen Taxifahrer finden, der mich ins muslimische Dorf fährt. Die beste Strategie sei zunächst wohl, als interessierte Touristin zu reisen, denke ich. Ich spreche eine Gruppe von Taxifahrern an und nenne den Namen des Dorfes. Die Miene des einen Taxifahrers, der eben noch so erpicht war, uns zu fahren, verdunkelt sich. Die anderen fünf, sechs Umstehenden diskutieren eifrig. Einer sagt: Oh ja, fünf Meilen auf dem Highway. Genau, das ist das Dorf, das ich meine. Ich nicke. Der Mann erklärt es den anderen Fahrern; einer erklärt sich bereit, uns zu fahren. Wir steigen ein.

Akt 3

Der Pick-up-Truck hält überraschend an einem Hotel. Der Fahrer steigt aus, ein zweiter Mann und ein paar neugierige Hotelangestellte kommen hinzu. Ich frage, was das Problem sei. Wir hätten uns auf einen Preis für Hin- und Rückfahrt geeinigt, und der Taxifahrer weiß Bescheid, wohin es gehen soll. Der englischsprechende Mann lächelt und sagt, dass ich zu einem Dorf möchte, in dem „Bengalis“ leben. Ich tue überrascht und sage, dass ich einfach zu dem Dorf fahren möchte, um mal zu schauen. Er schlägt vor, dass ich in ein anderes Dorf fahre. Ich sage, dass ich aber genau in dieses Dorf möchte, weil da ein Freund von mir ist. „Ein einheimischer Freund?“, fragt er skeptisch. Die Männer diskutieren auf Burmesisch oder der lokal gesprochenen Sprache im Rakhine-Staat. Ich verstehe nicht, über was sie reden.

Der Taxifahrer verlangt nun ein Viertel mehr für die Fahrt zum Dorf. Der nette, junge, englischsprechende Mann sagt, es gebe dort Polizeisperren – der Taxifahrer könne uns nur bis zur Sperre bringen und dann könnte ich auf dem Mobiltelefon des Fahrers meinen „Freund“ anrufen, und er könnte auch an die Polizeisperre kommen. Okay, willige ich ein. Der Fahrer muss ja nicht

mit ins Dorf – es ist mir ehrlich gesagt auch um einiges lieber, wenn ich im Dorf alleine unterwegs bin.

Akt 4

Wir fahren los. Endlich. Der „Highway“ entpuppt sich als ruckelige Staubpiste mit riesigen Schlaglöchern und Schotter auf dem Weg. Auf halbem Weg kommt uns ein Motorbike mit drei Leuten entgegen. Sie nennen den Namen des Dorfes. Ich weiß nicht, ob das die Männer sind, mit denen ich telefoniert habe. Ich nicke. Außerdem hatte ich beschrieben, was ich an Kleidung tragen werde, damit sie mich erkennen. Der Taxifahrer fährt weiter. Ein paar Minuten später halten wir in einem Dorf am Highway. Der Fahrer steigt aus, wir hinterher. Er steuert einen Mann an, der im Schatten sitzt. Die anderen drei vom Motorbike sind inzwischen auch da. Um uns bildet sich eine Traube von Menschen und es entspinnt sich erneut eine Diskussion. Eine Polizeisperre sehe ich nicht. Der Mann im Schatten wird als Polizist vorgestellt – natürlich trägt er keine Uniform. Ich warte ab.

Der Polizist will die Pässe sehen. Es scheint keine Rolle zu spielen, dass ich ein Business-Visum habe und der Tourist ein Touristen-Visum. Wir bekommen die Pässe zurückgereicht.

Ein paar Telefonate werden geführt, dann reicht mir mein Fahrer sein Handy. Der Mann am anderen Ende der Leitung stellt sich als Tourguide vor. Ich brauche eine Erlaubnis von der Polizei in Mrauk U, sagt der Mann. Er rät mir dringend ab, ohne diesen Stempel in das Dorf zu fahren. „Auch im Dorf gibt es überall Polizei.“ Ich frage, wer mir diese Genehmigung ausstellen könnte. Nay Pyi Taw? „Die lokale Immigrationsbehörde. Fahr da einfach jetzt hin und dann kommst du zurück, wenn du den Stempel hast.“ Bevor ich das Handy zurück an den Fahrer reiche, sage ich dem Tourguide, dass er ihm bitte erklären soll, dass ich jetzt direkt zur Behörde fahren möchte.

Die drei aus dem muslimischen Dorf reden wenig. Bevor wir wieder auf den Pick-up steigen, raunt mir der Mann mit den besten Englischkenntnissen zu, wir sollten mit dem Fahrrad wiederkommen.

Akt 5

Rückfahrt in die Stadt. Während der Fahrt tippt der Fahrer in sein Handy und ruft jemanden an. Am Stadteingang stoppen wir erneut, zwei junge Männer steigen zu. Wo wir hin wollten? Zur Immigrationsbehörde, sage ich wahrheitsgemäß, um einen Genehmigungsstempel zu bekommen. Sie lachen. „Diese Genehmigung bekommt keiner. Niemand geht da hin. Auch NGOs nicht. Touristen sowieso nicht.“ Ich sage, dass ich gerade mit einem Tourguide und dem Polizisten gesprochen habe, der gesagt hat, ich solle die Genehmigung bei der Behörde abholen. „Ah, das ist, weil sie nichts wissen.“

Wir aber wissen alles. Die Genehmigung bekommt niemand.“ Ich lächle und sage, dass ich es ja immerhin mal versuchen könnte. Bei der Behörde. Dazu fällt ihnen nichts mehr ein; sie steigen aus und der Fahrer setzt den Weg fort.

Zurück in Mrauk U, bei der Behörde. Dem Touristen ist schlecht und er verabschiedet sich. Der Fahrer steigt mit aus und begrüßt jemanden, der im Büro ist. Es wird wieder diskutiert. Dann wird mir erklärt, dass ja Sonntag wäre und die Behörde geschlossen. Warum er dann anwesend ist und die Tür sperrangelweit offen, wird nicht erklärt. Montag ab zehn Uhr könnte ich wiederkommen.

Zeit, ein Fahrrad auszuleihen.

25. Im Reisfeld

Nach meiner Zeit im Rakhine-Staat bin ich nun zurück in Yangon. Nur noch wenige Tage, dann läuft mein Visum ab. Ich mache mich auf in Yangons Umland: Nach rund zwei Stunden Fahrt mit Bussen, einem Taxi und einem Motorbike komme ich in Hmawbi an, um mir dort ein Umweltprojekt anzuschauen. Hier lernen junge Leute ökologische Landwirtschaft, Englisch, Umgang mit Computern und ganz allgemein politische Bildung. Die Landschaft ist traumhaft, der Direktor des Projekts, Khaing Dhu Wan ist reizend. Er ist erst seit zweieinhalb Jahren wieder im Land – vorher hatte der NEED (Network for Environmental and Economic Development) im thailändischen Chiang Mai geführt. Etwas mehr als 30 Studenten betreue er in diesem Jahrgang. In Myanmar lebt ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung von Landwirtschaft. Khaing Dhu Wan will zeigen, dass Monokulturen und Chemikalien den Böden nicht gut tun. Für sein Programm wählt er jedes Jahr Studenten von 18 bis 24 Jahren aus dem ganzen Land aus. Die Jugendlichen leben hier gemeinsam und bauen Reis an, Erdnüsse, Kartoffeln. Rund 20 verschiedene Arten von Gemüse wachsen auf den Feldern. Sie halten auch Hühner und Enten hier.

Gemeinsam streifen wir am späten Nachmittag über die Reisfelder, als die Studenten glücklich von der Reisernte zurückkehren. Doch die Gespräche mit den jungen Studenten verlaufen schleppend. Es ist nicht so, dass sie nicht sprechen wollen – es finden sich schnell Freiwillige, die Englisch sprechen möchten. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es ihnen Spaß macht hier, dass sie gerne Reis ernten und in Zukunft, wenn sie das Programm erfolgreich durchlaufen haben, gerne in ihre Region zurückkehren wollen, um dort anderen zu helfen. Khaing Dhu Wan wird mir später noch erzählen, dass viele auch bei NGOs unterkommen werden, wo sie sich dann

um die Aufforstung von Mangroven kümmern oder an Schulen lehren. Oder sie arbeiten selbst als Farmer – aber dann mit Wirtschaftsplan, damit sie genau wissen, was sich rentiert und was nicht. Im März wird dieser Jahrgang fertig; ab Juni stehen dann die nächsten Jugendlichen auf den Feldern und in den Klassenräumen.

Ko Than Shwe, 31, ein ehemaliger Student, der das Programm 2009 in Thailand durchlief, arbeitet nun hier als Programm-Verantwortlicher. Manchmal unterrichtet er auch selbst und zeigt den Jugendlichen, wie man zum Beispiel ein Beet anlegt.

Für die Zukunft hat NEED viel vor: 2015 sollen in Yangon ein Bioladen sowie ein Restaurant eröffnet werden. Außerdem plant Khaing Dhu Wan eine ähnliche Schule mit Farm im Shan-Staat. Es dämmert leicht, als ich mich wieder auf den Weg nach Yangon mache. Ich hätte auch auf der Farm übernachten können – aber für morgen habe ich bereits einen Termin mit der NLD-Jugend ausgemacht.

26. Die NLD Jugend: Aung San Suu Kyi hat einen Plan

Der Taxifahrer blickt sich ratlos um. Zuckt die Schultern. Fragt mich etwas. Komisch – und mir hatte man noch versichert, ich müsste nur „NLD headquarters“ sagen und bräuchte noch nicht mal die genaue Adresse des NLD-Büros zu kennen – und jeder Taxifahrer würde mich problemlos hinbringen. Und jetzt stehen wir hier, an einer Seitenstraße. Obwohl ich die genaue Adresse erfragt hatte. Der Taxifahrer steigt aus und ich soll folgen. Nach kurzem Fußmarsch stehen wir vor einem offenen Gebäude. Nebenan wird gerade ein anderes Gebäude in Schutt und Asche gelegt. Der Taxifahrer deutet auf die Baustelle, dann auf das Gebäude, vor dem wir stehen. Ich bin tatsächlich richtig hier.

Die NLD ist umgezogen, da zum Zeitpunkt meines Besuchs gerade an einem neuen Gebäude gearbeitet wird. Das Ausweichquartier ist sehr beengt. Die einzelnen Ressorts bestehen aus einzelnen Tischen, hinter denen meist zwei Leute auf bunten Plastikstühlen sitzen. Die NLD Jugend hat ihren eigenen Tisch, auf dem das Schild „Central Work Committee (Youth)“ prangt. Sie haben den Tisch ganz außen, also direkt an der vielbefahrenen Straße.

Wai Phyo Aung, 30, ist der Vize-Präsident des Jugendflügels und Arzt. Nay Soe Aung, 33, ist der Informationsbeauftragte und hat Informatik studiert. Die beiden sind erst seit rund vier Monaten im Amt. Sie arbeiten ehrenamtlich, das heißt, die beiden bekommen kein Gehalt für ihre Arbeit. „Ich bin auf die Unterstützung meiner Familie angewiesen“, sagt Nay Soe Aung.

Mehr als 50.000 Mitglieder hat NLD Youth Schätzungen zufolge, sagen die beiden. Die Ziele lassen sich zusammenfassen auf: Die eigenen Mitglieder fördern, die neue Führungsriege der NLD Youth ausbilden und Nicht-Mitglieder dazu animieren, der Partei beizutreten. „Aung San Suu Kyi ist unsere Ikone. Ich glaube, jeder im Land liebt sie“, sagt Nay Soe Aung. „Naja, jeder außer der Regierung. Ich glaube, die Regierung mag sie nicht.“

Für die Zukunft seien die drängendsten Probleme, die gelöst werden müssen, eindeutig das Drogenproblem, der Jobmangel, die Bildung ... „Ah, es gibt so viele Probleme für junge Leute!“

Beide hoffen, vielleicht in Zukunft selbst als Parlamentskandidaten aufgestellt zu werden. Aber die Entscheidung liege bei der Partei.

Hat es einen echten Wandel im Land gegeben? Nay Soe Aung ist skeptisch. „Es hat sich schon ein bisschen etwas verändert, weil unsere Partei nun jetzt im Parlament sitzen darf. Aber es ist noch lange nicht genug Wandel passiert.“

Im Hinblick auf die Strategie für die Wahlen nächstes Jahr dürfen die beiden nichts verraten. „Es gibt durchaus einen Plan, aber wir können ihn der Öffentlichkeit nicht mitteilen“, sagt Wai Phyo Aung. Alle im Führungskreis wüssten Bescheid, aber dürften sich nicht äußern. „Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben.“

27. Fazit

Von dem im Westen vielmals besungenen Wandel ist wenig zu spüren. Die jungen Menschen, mit denen ich auf der Reise sprechen konnte, wollen Demokratie, Mitbestimmung, Föderalismus. Rechte für alle. Stattdessen greifen die Autoritäten hart durch und lassen protestierende Studenten mit Knüppeln schlagen. Wohin dieses Land in diesem Jahr steuert, lässt sich schwerlich vorhersagen. Die meisten Menschen, die ich während meines Aufenthalts vor Ort treffen konnte, waren wissbegierig, herzlich und aufgeschlossen. Junge Studenten und andere, die sich unermüdlich dafür einsetzen, dass sich die Zustände in ihrem Land verbessern. Gerne möchte ich auch 2015 nach Myanmar reisen – am liebsten zur Zeit der Wahl. Aber ob ich dann ein Visum bekomme, wage ich zu bezweifeln. Die Anzeichen mehrten sich, dass Myanmars Regierung die Zügel wieder fester in die Hand nimmt.